

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 10 vom 8. März 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

Frauen in
Betrieb und
Gewerk-
schaft
Seiten
5 und 6

Ist die CDU
jetzt für
Gleichbe-
rechtigung?
Seite 11

Ein realisti-
sches und
radikales
Konzept?
Zum Buch:
Die Zukunft
der Grünen
Seite 12

Normal?

Als im vergangenen Monat die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die offiziellen Arbeitslosenzahlen für Januar 1985 bekanntgab, waren sie Thema Nr. 1. Die höchste Zahl von Arbeitslosen seit Bestehen der Bundesrepublik war Schlagzeile vieler Zeitungen, erste Meldung in Nachrichten. In diesem Monat ist es anders. Nicht, daß die Nürnberger Arbeitslosenverwalter Besseres zu melden hätten, im Gegenteil, wenig Interesse fand der Monatsbericht aus Nürnberg, weil sich nichts getan hat. Oder doch nur ganz wenig — in Prozentstellen hinter dem Komma, läßt es sich kaum ausdrücken. Wir bringen aber nochmal die genaue Bilanz: 2,61 Millionen Arbeitslose gibt es heute in der Bundesrepublik, der vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit so groß herausgestellte leichte Rückgang betrug genau 8139, oder in Prozenten ausgedrückt: Heute beträgt die Arbeitslosenquote 10,5 Prozent — im Januar waren es 10,6 Prozent. Noch vor einem Jahr hatten 75 000 Menschen mehr Arbeit, die Zahlen für Februar 1985 sind die zweithöchsten seit Bestehen der Bundesrepublik!

Zu diesen Zahlen gehören auch noch die folgenden Informationen: Von den registrierten Arbeitslosen erhalten derzeit 858 000 weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe, 647 000 erhalten Arbeitslosenhilfe, die weit niedriger ist als Arbeitslosengeld.

Die Zahlen aus Nürnberg sind auch nur immer Durchschnittsberechnungen für die ganze Bundesrepublik. Da fällt leicht unter den Tisch, daß bei an sich „stagnierenden“ Zahlen die Arbeitslosigkeit in vielen Regionen steigt. So in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Westberlin und dem Saarland. Bremen ist zur Zeit mit 14,7 Prozent „Spitzenreiter“.

8. März — Internationaler Frauentag

Kirche gegen Frauen immer vorne dabei

Der diesjährige internationale Frauentag wird unter anderem durch eine große Anzahl gewerkschaftlicher Frauenveranstaltungen begangen. Wenn man daran zurückdenkt, wie noch vor einigen Jahren der damalige DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sich gegen gewerkschaftliche Aktivitäten zum Frauentag wandte, so wird deutlich, daß sich da doch einiges geändert hat. Auf der anderen Seite: Die Gründe für die Begehung des 8. März sind nicht weniger sondern mehr geworden.

So werden die neuen Arbeitszeitformen, flexibel oder kapazitätsorientiert, vor allem zu Lasten der Frauen ausgeweitet. So versuchen konservative Kräfte, ob mit neuer oder alter Mütterlichkeit, die Frau erneut fester an den Herd zu fesseln, von den Attacken der Reaktion in bezug auf den § 218 ganz abgesehen. Und auch die viel diskutierten Renten sind in allererster Linie ein Frauenproblem.

Das hat, obwohl die Frauenbewegung insgesamt nicht an Breite gewonnen hat, immerhin doch erst einmal dazu geführt, daß etwa die Kölner Demonstration gegen

§ 218 ein breites organisatorisches Spektrum vereinte.

Die Existenz einer eigenständigen Frauenbewegung ist eine Tatsache, ihre Berechtigung, einst oft genug auch von linker Seite angezweifelt, wird heute im wesentlichen nur noch vom Kapital, der Kirche und der ganzen politischen Reaktion bestritten. Immer wieder erweist sich dabei die Kirche als politische Speerspitze der Gegner der Frauenemanzipation, während es in der CDU auch Kräfte gibt, die versuchen mittels Demagogie die Frontstellung zu verschleiern, die Thesen und Auftritte Heiner Geißlers bestätigen



dies in jüngster Zeit.

In den USA (siehe Seite 9) ist heute — auf dem Hintergrund kirchlicher Kampagnen — faschistischer Bombenterror gegen Abtreibungskliniken und Familienplanungsstellen fast schon alltäglich — wenn dies hierzulande auch lange noch nicht so ist, so ist doch festzuhalten, daß es auch in der BRD eine Kampagne zur reaktionären Mobilisierung gibt — der muß am Frauentag, nicht nur von Frauen, entgegengetreten werden.

Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel beschlossen

Im Vorfeld des 8. Mai, des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, wird vom 2.-4. Mai in der BRD, vermutlich in Bonn, der Weltwirtschaftsgipfel der führenden westlichen imperialistischen Mächte stattfinden. Am vergangenen Wochenende beschlossen auf Initiative der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) Kreise v. a. der unabhängigen Friedensbewegung am 4. Mai in Bonn eine Großdemonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel und vom 3.-4. Mai ein Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel durchzuführen.

Die Initiatoren der Demonstration berichteten auf dem Treffen von Verhandlungen mit anderen Kräften aus dem zwischenzeitlich lahmgelegten Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, v. a. der VVN und den Jusos, über Möglichkeiten,

die Demonstration der von der VVN ins Leben gerufenen Initiative zum 8. Mai von Köln nach Bonn zu verlegen. Während die Jusos rundweg eine Demonstration in Bonn ablehnten und selbst dazu nicht bereit waren, ein Tribunal in zeitlicher Nähe mit der Demonstration mitzutragen (wegen der zu erwartenden Konfrontation mit allen staatstragenden Kräften), sah sich auch die VVN nicht in der Lage, ihre Aktion nach Bonn zu verlegen, um die sozialdemokratischen Bündnispartner nicht zu brüskieren. So konnte dann auch am Wochenende für die Demo am 4. Mai in Bonn lediglich ein Trägerkreis gebildet werden, der nur einen Ausschnitt des Friedensspektrums erfaßt: BUF, Mittelamerikakomitees, Entwicklungspolitische Gruppen, ESG, Initiative Kirche von unten, Autonome Gruppen, Autonome Frauengruppen. Die Bundes-Grünen gehören

zwar auch zum Trägerkreis der Demonstration, nach den Erfahrungen früherer Aktionen darf aber erwartet werden, daß sie sich v. a. auf die Mobilisierung für das Tribunal beschränken werden.

Außer unserer Partei thematisierte am vergangenen Wochenende keine andere Organisation ein wesentliches Politikum des Weltwirtschaftsgipfels: Ronald Reagan kommt nach Bonn. Sein Besuch war noch 1982 ein Anlaß für 400 000 in Bonn zu demonstrieren. Heutestage ist es der Baracke erfolgreich gelungen zu sein, den Besuch Reagans zum Unthema in der Friedensbewegung zu machen. Von einem deutlichen Akzent gegen Reagans Besuch wird es aber abhängen, ob die Bonner Demo eine Mobilisierungskraft auf die traditionellen Kräfte der Friedensbewegung entwickeln wird.

Verraten und verkauft

Mit äußerst knapper Mehrheit haben am vergangenen Sonntag die Delegierten der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM das Ende ihres Streiks beschlossen — fast genau ein Jahr nach Beginn! Tausende wütender Demonstranten protestierten gegen den Beschluß, Bezirksvertreter aus South Yorkshire und Wales erklärten, sie würden weiterstreiken. Dramatische Situationen spielten sich in den Revieren ab.

Was nun: Ein Ende nach einem Jahr, ohne wesentliche Errungenschaften? Sicher ist es zu früh, eine echte politische Bilanz zu ziehen. Dazu muß vor allem auch beachtet werden, was die Streikenden selbst insgesamt dazu sagen. Aber zwei Dinge kann man in der Tat festhalten: Die britischen Bergarbeiter wurden sowohl verraten als auch verkauft, im Wortsinn.

Was ist der Verrat? Das ist die Politik des Gewerkschaftsbundes TUC, der in Wirklichkeit nicht nur keinen ernsthaften Akt der Solidarität unternahm (wo es solche gab, da kamen sie von Einzelgewerkschaften wie die der Eisenbahner von ASLEV), sondern immer wieder zuließ, daß Sonderverträge zum Kohletransport unterzeichnet wurden.

Was ist der Verkauf? Das ist die Kohle, die zum Streikbruch aus der BRD, aus Polen und aus anderen Ländern nach England floß, ohne daß die betreffenden Gewerkschaften auch nur ansatzweise etwas dagegen unternommen hätten. Die unrühmlichste Rolle hat dabei einmal mehr die IGBE gespielt, die nicht nur grünes Licht für Kohlelieferungen gab, sondern das auch noch mit Tiraden gegen die NUM garnierte.

Die Auseinandersetzung um die Solidarität mit dem Bergarbeiterstreik in Großbritannien war, je länger er dauerte desto mehr, zu einem echten Auseinandersetzungspunkt innerhalb des DGB geworden. Immer deutlicher wurde in den letzten Wochen, daß die Führung des DGB und verschiedener Einzelgewerkschaften diese Streik-Solidarität und ihre positive Entwicklung äußerst ungern sahen.

Was von dieser Seite aus an Solidarität geleistet wurde, verdient den Namen wirklich nicht. Zum einen: Es war, allen Beteuerungen zum Trotz, wenig Geld, was genau so lange gilt, als es sich noch im Rahmen von 1... DM pro Mitglied bewegt. Das gilt auch für die SPD (die in Dortmund beispielsweise stolz verkünden ließ, sie habe 30 000 DM gesammelt —

1,10 DM pro Mitglied). Zum zweiten: Dieses Geld wurde ausdrücklich „nur aus humanitären Gründen“ auf die Insel geschickt. Das war eine deutliche politische Abgrenzung gegen die inhaltliche Solidarität mit dem Streik.

In Kreisen der fanatischen Sozialpartner im DGB wird dieses Ergebnis mindestens klammheimliche Freude auslösen. Wenn IGM-Vertreter in den letzten Wochen immer wieder betont hatten, die IGM könne nicht hier in der BRD eine Politik der „Mitgestaltung des Wandels“ betreiben und in England eine andere Politik unterstützen, so heißt die naheliegende Schlußfolgerung für die BRD doch: Da seht ihr es, kämpfen lohnt nicht, laßt uns so weitermachen wie bisher, Sozialpläne, Abfindungen usw. statt Arbeitsplätze. Die IGBE setzt dies sowieso als gegeben voraus und äußert sich gar nicht mehr ausdrücklich.

Die Sozialpartner auf der Insel, im TUC sind es, die die Verantwortung für diese Niederlage tragen, all die Willis und wie sie heißen. In den Worten Arthur Scargills: „Wenn man die Geschichte dieses Streiks schreiben wird, wird man sehen, daß wir verloren haben, weil wir alleine gelassen wurden.“ Die Thatcheristen haben gesiegt und auch andere im TUC werden sich vielleicht noch wundern, was das bedeutet. Die Auswirkungen gehen aber, das zeigt die Debatte im DGB, über die britischen Grenzen hinaus, auf die ganze westeuropäische Gewerkschaftsbewegung.

Die Duisburger Veranstaltung findet trotz des Endes des Streiks der britischen Bergarbeiter statt. Auch jetzt noch ist es sinnvoll, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Die Veranstaltung kann ein Auftakt der Diskussion um die Lehren dieses Streiks, bei weitem nicht nur in Großbritannien, sein und auch, und das sollte nicht unterschätzt werden, Ausdruck der weiterbestehenden Solidarität. Die „klammheimliche Freude“ der „Sozialpartner im DGB sollte zumindest nicht völlig ungetrübte stattfinden — die Teilnahme an der Veranstaltung ist dazu ein Beitrag.

Flick-Ausschluß soll aufhören

Ein stilles Ende?

Noch zwei Zeugenvernehmungen — dann soll Schluß sein mit der Tätigkeit des Bundestagsuntersuchungsausschusses „Flick“. Dann wird ein Bericht geschrieben werden, dessen Inhalt sich heute schon voraussagen läßt.

In der Frage der Beendigung der Untersuchungen bestand eine Allparteienkoalition gegen Otto Schily, der als einziger die Vernehmung weiterer

Zeugen forderte. CDU/CSU-, FDP- und SPD-Vertreter machten deutlich, daß ihre Parteien die Sache endlich abschließen wollen. Ein

stilles Ende für den Ausschluß ist vorgesehen, den nicht umsonst gerade Franz Josef Strauß, der alte Flick-Intimus, einen „jacobinischen Wohlfahrtsausschluß“ nannte.

Was sich seit Monaten anbahnte, ist nun faktisch vollzogen. Die dreifache Taktik der Blockade hat gewirkt. Blockiert haben die Vernommenen selbst, in erster Linie Kohl und Strauß, die sich offensichtliche Widersprüche in ihren Aussagen leisteten, ohne dafür belangt zu werden. Blockiert

hat auch der Justizapparat, sei es über die Einwände der Finanzgerichte, sei es über Freisprüche oder sonstige Wege. Und blockiert hat schließlich eine — wirksame — ausführliche politische Kampagne, die mal den guten Willen der Täter beteuerte, mal den Finanzämtern (berechtigte) Schuld zusprach (und das als Entschuldigung bewertet wissen wollte), mal den „Untergang der Republik“ an die Wand malte.

Was wird denn, wenn die „politische Elite“ im Gefängnis sitzt — so argumentierte bereits im Herbst die konservative Presse. Und dieser Gedanke erschien auch der sozialdemokratischen Parteiführung und

Bundestagsfraktion, wie auch zahlreichen führenden DGB-Funktionären offensichtlich als ein Greuel. Zu keiner Zeit wurden im DGB gezielte Anstrengungen unternommen, den Zusammenhang vom politischen Parteienkauf und entsprechenden Bonner Beschlüssen im Sinne des Kapitals herzustellen. Das maximale, was hier herauskam, waren einzelne Zeitungsartikel. Die SPD erwies sich sogar, sicher auch aufgrund eigener Verwicklung, als Hilfsbremser der Unionsparteien.

Die Grünen, vor allem in Person Otto Schilys, leisteten im Ausschuß sicher einen wichtigen Beitrag zur Aufdeckung von Tatbeständen. Aber auch sie, wie viele linke

Organisationen, beschränkten sich darauf, Empörung zu schüren, zeigten keine Perspektive des Handelns, des Eingreifens auf, scheuten vor einer politischen Kampagne zurück. Revolutionäre Kräfte untermauerten eine solche Haltung gar noch durch besonders „prinzipienfeste“ Argumente, die schon zu Beginn nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatten und heute erst recht als widersinnig dastehen.

Kein Mensch konnte jemals ernsthaft behaupten, etwa ein Rücktritt der Regierung wegen Bestechlichkeit hätte zu besseren politischen Positionen für das Kapital und die Reaktion geführt. In den Betrieben, wo zusammen mit anderen, Genossen der KPD diesbezüglich Aktivitäten entfaltet haben, zeigte sich sehr rasch, daß dafür eine gute Basis unter Betriebsräten und Vertrauensleuten bestanden hatte, die auch im Widerspruch zu ihren Parteien durchaus zu Aktivitäten bereit waren. Auch wenn hier niemand behaupten will, daß es nur mehr Kräfteaufwand einiger hundert oder tausend Revolutionäre bedurft hätte, um die Regierung zu stürzen, machbar wäre gewesen, daß hier ein größerer Druck erzeugt wurde, daß der DGB deutlicher Stellung hätte beziehen müssen, die politische Auseinandersetzung intensiver geworden wäre.

Die etablierten Bonner Parteien können nun dem Untersuchungsausschuß — und damit weitgehend der gesamten „Affäre“ — ein stilles Begräbnis verschreiben. Daß aus dem Abschlußbericht noch irgend etwas folgenreiches entstehen kann, ist unter diesen Umständen kaum zu vermuten.

Ostermarsch 85

Wie inzwischen schon gewohnt, finden auch in diesem Jahr verschiedene regionale Ostermarschaktionen statt. Mehr denn je setzt die Bourgeoisie auf ein „Ende der Friedensbewegung“ erst recht nach den Auseinandersetzungen im Koordinationsausschuß vor einiger Zeit. Dagegen müssen wir uns ebenso wenden, wie gegen eine falsche Ausrichtung der Bewegung — die gerade dieses Mal vor „Genf“ noch so trüben wird. Daß solche Verhandlungen nicht den Frieden sichern, muß ein Schwerpunkt der Argumentation sein. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit der strategischen Verteidigungsinitiative Reagans („Krieg der Sterne“). Schließlich lautet aktuell die Gegenüberstellung zwischen Aufrüstung und Sozialabbau vor allem: „Renten“. Die Entwicklung des Bundeszuschusses im Verhältnis zur Aufrüstung, die Frühpension für die Offiziere, das sind Fragen an denen diese Themen relativ einfach darzustellen sind.

Dies im groben die Fragen, die wir aufwerfen müssen beim Ostermarsch. Dazu werden wir auch im RM noch Darstellungen liefern.

Die — laut Ostermarschbüro Frankfurt — geplanten Aktionen dieses Jahr:

Bayern: Kundgebungen in Nürnberg (Ostermontag), Aschaffenburg (Ostersamstag) und München (?).

Baden-Württemberg: Ostermarsch Stuttgart nach Kornwestheim und Heilbronn; dreitägige Blockade am Pershing-II-Stationierungsort Waldheide (Heilbronn); Ostermontag: Zentrale Demonstration in Heilbronn (aufgerufen vom DGB); Ostermarsch Mannheim

Rheinland-Pfalz: Zentraler Ostermarsch nach Harselbach, Auftaktkundgebungen unter anderem am Ostersamstag in Mainz

Hessen: Ostermarsch ab Samstag in drei Säulen auf Frankfurt (ab Gießen, ab Wiesbaden und ab Bensheim) am Ostermontag Aktionen in ganz Frankfurt; Ostermarsch Hessen Nord — Ostermontag auf Kassel

Saarland: Ostersamstag Märsche von Völklingen und Sulzbach nach Saarbrücken (St.-Johannes-Platz)

Rheinland: Ostersamstag und Sonntag regionale Aktionen in Xanten, Moers, Wesel, Rheineberg; Ostermontag: Fahrradkorso von Limbach über Geilenkirchen nach Brunn (Niederlande) dort gemeinsame Aktivitäten. Ab Ostersamstag verschiedene Ostermarschzüge, die sich Montag in Köln vereinigen.

Ruhrgebiet: Ostermarsch von Samstag bis Montag ab Duisburg über Bochum nach Dortmund, Züge aus dem Münsterland nach Dortmund.

Niedersachsen: Demonstrationen am Ostermontag in Lüneburg, Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Aurich, Nordhorn; Aktionen am Ostersamstag in Göttingen, Wolfburg, Salzgitter, Vechta, Diepholz.

Bremen: Ostersamstag Sternmarsch; Ostermontag Fahrradkorso zur Garlstedter Heide.

Schleswig-Holstein: Ostersamstag Kundgebungen in Flensburg, Pinneberg, Lübeck; Ostersonntag Sternmarsch in Kiel (zum Venetaplatz).

Nach Rücksprache mit den Landesverbänden wird entschieden werden, ob zu den Ostermärschen von der KPD ein Flugblatt oder eine „Blindzeitung“ erscheinen wird.

In der ersten Lesung im Bundestag Steuerreform — Konturen werden sichtbar

Vor allem in der Rede von Finanzminister Stoltenberg wurde bei der ersten Lesung im Bundestag einiges von dem deutlicher, was seit langer Zeit als große soziale Reform von den Konservativen gepriesen wird.

Im Gegensatz zu Kohl, der weiterhin tönte, dies sei die größte Steuerreform aller Zeiten, sprach Stoltenberg mit Fakten. So kündigte er zum einen an, die Steuerentlastung für die Familien müsse geringer ausfallen als von vielen erwartet oder erhofft, da die Steuereinnahmen geringer seien als zunächst geschätzt. Was damit gemeint war: Der Brosamen, der für die Werktätigen abfallen sollte, wird noch kleiner als ursprünglich beabsichtigt.

Zum zweiten machte Stoltenberg in seiner Rede nochmals deutlich, worum es der Koalition bei dieser

„Reform“ wirklich geht. Die gesamte inhaltliche Begründung der „Reform bestand ausschließlich aus der Leier von der nötigen steuerlichen Entlastung der Wirtschaft. Zwar ging Stoltenberg noch nicht auf die jüngste Unternehmerkampagne ein, die die Senkung des offiziellen Spitzensteuersatzes fordert, aber er kündigte in der Perspektive die völlige Abschaffung einiger Kapitalsteuern im zweiten Schritt der Reform an und unterstrich, daß auch der jetzt diskutierte erste Schritt in diese Richtung wirken werde. Umverteilungspläne von unten nach oben spielen auch bei der Art

und Weise eine Rolle, wie die Kinderfreibeträge wieder eingeführt werden — einkommensstarke Familien werden deutlich bevorzugt, während vor allem alleinstehende Mütter und Väter die Verlierer bei diesen Veränderungen sein werden.

Mit diesen Klarstellungen Stoltenbergs ist für die Regierung die Gefahr gegeben, daß ihre einstige Absicht zunichte gemacht wird. Diese bestand darin, die Steuergeschenke für die Reichen mit Brosamen für die arbeitenden Menschen zu garnieren, um so dem Widerstand die Basis zu entziehen. Daß das Lohnsteueraufkommen weiter steigen müsse, war von vornherein ein Grundsatz dieser sogenannten Steuerreform. Mit der sich jetzt anbahnenden Entwicklung wird dieses ganze Verhältnis auch öffentlich klarer sichtbar.

Medienkongreß der CDU

„Für Bürger, Freiheit und ...“

Nicht „Vaterland“ sondern Meinungsvielfalt war das dritte Schlagwort im Slogan des CDU-Kongresses in Mainz letzte Woche. In Anwesenheit von Kohl versammelten sich unter der Leitung des obersten Medienstrategen der Union, Kultusminister Remmers aus Niedersachsen, die Funktionäre der CDU und — die privaten TV-Betreiber.

Wesentlicher Inhalt des Kongresses war der Streit in den eigenen Reihen. Der ging zum einen um die Gründe für den — bisher — mangelnden Erfolg der ganzen Kabelprojekte. Zum anderen griffen die anwesenden Vertreter der Springer und Bertelsmann vor allem die „Bestandsgarantie“ der CDU/CSU für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk an.

Diese Bestandsgarantie, so ein Vertreter von SAT 1, sei ein wesentlicher Grund für die bisher mangelnden Erfolge des Privatfernsehens, zöge Werbemittel und Kräfte an usw. Die anwesenden CDU-Politiker mochten aber, sicher aus taktischen Gründen, nicht von dieser Zusage abrücken.

Den deutlichsten Vorstoß machte einmal mehr CSU Stoiber, der abermals verkündete, notfalls werde es auch einen Alleingang der CDU/CSU-Bundesländer geben. Das ist sozusagen die Minimalforderung der privaten Betreiber, die SPD nicht mehr länger „bremsen“ zu

lassen (wovon faktisch gar nicht die Rede sein kann). Dem wurde hinzugefügt, daß ja nun deutlich werde, daß auch die SPD nicht mehr aus ihrer bisher eingeschlagenen Richtung rauskomme: Wo es Kabelprojekte gäbe, da sei der Weg zum Privatfernsehen bereits geebnet.

In der Diskussion tauchte auch mehrfach die Absicht auf, noch im ersten Halbjahr 85 zu einem organisatorischen Umbildungsprozeß des Privatfunks zu kommen, um die „Konkurrenzschwäche“ zu beheben. So war dieser CDU-Kongreß, verdeckt von vielen theoretisierenden Reden, nicht viel anderes als ein Diskussionsforum zwischen den Medienkonzernen, den von ihnen abhängigen mittelständischen Unternehmern und der CDU.

Dem ganzen die Glanzlichter setzte wieder einmal Schwarz-Schilling auf, der erneut kundtat, es würden damit viele Arbeitsplätze geschaffen — von den vernichteten sprach er nicht.

Bundestagsdebatte zur Lage der Nation

Friedensvertragsforderung erneuert

Der Bericht des Kanzlers „zur Lage der Nation“ konnte nicht viel Neues bringen. Sachlich nicht, weil die Entwicklung im letzten Jahr eher die Verhärtung zwischen BRD und DDR anzeigte, von der Debatte her nicht, weil die meisten Diskussionen bereits in den Wochen vorher auf das ausführlichste geführt worden waren.

Zwei Aspekte der Bundestagsdebatte sind im Nachhinein vor allem hervorzuheben. Zum einen die Verschärfung der Auseinandersetzungen innerhalb der Unionsparteien (und innerhalb der Regierungsparteien, wie die Angriffe der „Schlesier“ auf Genscher danach zeigten), wo sich der Prof. Abelein zum Sprecher der Profivertrebenen machte und gegen die Politik des Kanzlers in der vorhergehenden Fraktionssitzung polemisierte — so daß Dregger immerhin eingestehen mußte, die CDU-Politik sei nicht einstimmig befürwortet worden.

Zum anderen der erneute Verweis des Kanzlers auf den Friedensvertrag — womit diese politische Herangehensweise endgültig zum Hauptmotto der CDU in dieser Frage geworden ist.

Kohl wiederholte die grundsätzliche Argumenta-

tion, daß zwar die BRD keinerlei Gebietsansprüche usw. stelle, daß aber die Bundesregierung nicht für eine „künftige gesamtdeutsche Regierung“ sprechen könne. Damit wird einerseits, wie bereits verschiedentlich festgestellt, mit dem Friedensvertrag gepokert, auf bessere künftige Aussichten gewartet, bzw. daran gearbeitet, sie zu schaffen. Zum anderen wird — ob unter der Hand oder offen, das ist verschieden — auch zum Ausdruck gebracht, daß es eigentlich für die deutsch-polnische Grenze eben doch keine gültige rechtliche Grundlage gibt, sondern lediglich eine Art Gewohnheitsrecht.

Eine Politik, die durchaus geeignet ist, reaktionäres Potential zu mobilisieren, auch wenn aktuell die größten Schreier der Revanchisten damit unzufrieden sind.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79 600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Zwei Jahre nach der Bundestagswahl

Kohls Bilanz: Neue Armut und Aufschwung für Revanchisten

Aus Anlaß der „Halbzeit“ der Legislaturperiode führte in der letzten Woche „Die Zeit“ ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl über die Bilanz seiner bisherigen Arbeit in der Regierung. Die Bilanz, die er selbst zieht, weist ihn dabei als einen Vertreter der Interessen des Großkapitals, als politischen Reaktionär aus. Dies wird vor allem an zwei Punkten deutlich: Der Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Behandlung der „deutschen Frage“.

„Im Blick auf die These von der „Neuen Armut“ kann ich nur sagen — und Norbert Blüm hat das deutlich gemacht —, daß beispielsweise im Vergleich der Rentnereinkommen zu den Arbeitnehmerinkommen die Rentner keineswegs schlechter abschneiden als in früheren Jahren. Ich kann aber auch nicht erkennen, daß in anderen Bereichen die Armut zunimmt. Die sozialen Daten sprechen, jedenfalls nach meiner Überzeugung, nicht für ihre These.“

Und zur Wirtschaftspolitik:

„Wir müssen versuchen, wenn der Winter vorbei ist und die Konjunktur im Blick auf die Arbeitsplätze greifen wird, Revitalisierungsmaßnahmen und Firmenneugründungen ähnlich wie in Amerika durchzusetzen.“

Dies sind zwei der von Kohl geäußerten Kernsätze, andere, die in die selbe Richtung gehen, lassen sich laufend im ganzen Gespräch finden. Die beiden zitierten Aussagen machen deutlich, wie Kohl versucht, seine Politik wirksam zu umschreiben. Er weicht aus, er nimmt statistische Daten wie sie ihm

passen, und er vergißt gerne, was er noch letztes Jahr sagte.

So war die Frage der neuen Armut selbstverständ-

lich gar nicht vor allem auf die Rentner gerichtet, sondern, wie die entsprechenden Untersuchungen klar machen, vor allem auf die Langzeitarbeitslosen. Dieser Frage weicht er aus. Was die Lage der Rentner betrifft, so beantwortet er ja nicht ihre objektive Entwicklung, sondern nur im Verhältnis zu den Arbeitern (und da gibt es ja die naheliegende Möglichkeit, daß sich die Lage beider

in gleichem Maße verschlechtert hat) und dies auf der Grundlage der beschönigten Zahlen des Arbeitsministeriums (das seine schönen Statistiken in der Regel auf der Basis von 40 oder 45 Beitragsjahren — die kaum jemand erreicht — ausrechnen läßt).

Daß er als Alternative „Amerika“ nennt, ist wenig erstaunlich, dort wird diese Art Wirtschaftspolitik schließlich klassisch vorexerziert. Individualisierung und Desorganisation der Belegschaften, Aushebelung aller die Kapitalistenfreiheit beschränkenden Schutzvorschriften und Tarifabkommen, in diese Richtung, das haben ja die Vorstöße der letzten Zeit überdeutlich gemacht, soll auch hier gearbeitet werden. Daß er dabei „vergißt“, daß er selbst schon im letzten Jahr ein Absinken der Arbeitslosigkeit prophezeit hatte, zeigt nur, wie dieser Kanzler mit „seinen Wählern“ umgeht.

„Wir können nicht ohne jeden Friedensvertrag endgültige Regelungen treffen. Ich kann das ganze Deutschland nicht binden. Die deutsche Frage ist offen.“

Mit dieser Feststellung unterstreicht Kohl auch im zweiten Schwerpunktthema des Gesprächs, daß er willens ist, eindeutige reaktionäre Pflöcke zu setzen. Ergänzt durch seine übliche, scheinbar naive Behauptung, er sehe keinen Revanchismus in der BRD, reiht er sich erneut in die Linie der Unionsfraktion ein, die auf den Poker mit einem Friedensvertrag setzt. Diese — in dieser Breite relativ „neue“ — Linie innerhalb der Regierungsparteien hat sich bereits bisher zwar als die klügere, nicht aber als die ungefährlichere gezeigt im Vergleich mit den offenen Revancheschreibern à la Hupka oder auch Abelein.

Diese wesentlichen Inhalte der von Kohl selbst gezogenen Bilanz machen deutlich, daß er alle Probleme nur und ausschließlich aus der Warte von Großkapital und Reaktion sieht und angeht. Und in der Tat: Von dieser Warte aus sind weder „neue Armut“ noch „Revanchisten“ Probleme, die „man sehen“ muß. Sie sind als Probleme irrelevant — wichtig aber als Manövriermasse für die eigene Politik.



Grundlage für diesen Beschluß war einmal die Einschätzung der politischen Lage in NRW und weiterhin die Diskussion innerhalb der KPD über die verschiedenen Möglichkeiten des Eingreifens der Kommunisten in die Parlamentswahlen.

Auf einer gemeinsamen Landesdelegiertenkonferenz der drei Bezirke wurde beschlossen, die weiter gestiegene Arbeitslosigkeit, darunter die Jugendarbeitslosigkeit, sowie die aufgrund des Sozialabbaus anschwellende „neue Armut“ zum Hauptthema des Wahlkampfes der KPD zu machen. Weitere wichtige Themen werden die Ausländerpolitik sowie die Bekämpfung der faschistischen Umtriebe sein.

Bei dieser Wahl geht es darum, gemeinsam dem Versuch der Bonner Koalition entgegenzutreten, auch in NRW die Wendepolitiker an die Regierung zu hieven. Gemeinsam mit vielen fortschrittlichen Menschen aus anderen Parteien treten wir dafür ein, der Wenderegierung eine echte Wahlschlappe in NRW zu bereiten.

Wir Kommunisten sind allerdings der Meinung, daß man dabei nicht stehen bleiben darf. Die SPD hat fünf Jahre allein regiert. Die Bilanz dieser Zeit ist ernüchternd, vor allem für diejenigen, die früher die FDP in der Koalition immer als Bremser dargestellt haben, um die Politik der Sozialdemokratie zu beschönigen.

Von dem von Rau und seiner Mannschaft viel gepriesenen Bollwerk NRW gegen die Bonner Wende ist in der Praxis nicht viel übrig geblieben. Eindeutig auf dem rechten Flügel seiner Partei angesiedelt, verkörpert Rau mit seiner Mannschaft den Typ der SPD-Politiker, die vor allem ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen wollen und ihre Gesamtverantwortung für den Staat herauskehren. Kein Wunder,

Landtagswahl in NRW

KPD strebt Kandidatur an

daß aufgrund dieser Positionen auch die Überlegungen einer stillen oder offenen Großen Koalition immer wieder neue Nahrung erhalten.

Vor allem wird immer genügend Rücksicht auf die Kapitalinteressen genommen — weil sie ja sonst abwandern könnten. Die SPD bietet sich auf allen Ebenen bis zum Erbrechen als besserer Sachverwalter der Kapitalinteressen an, ohne immer auf das erhoffte Verständnis bei dem großen Geld zu stoßen.

Nicht mal eine aufgrund der Krise entwickelte reformistische Beschäftigungspolitik gehört zum Arsenal der Landesregierung. Stattdessen arbeitet sie voll auf der sogenannten technologischen Innovation, die sich vorwiegend in riesigen Beihilfen für ansiedlungswilliges Kapital niederschlägt und keineswegs in nennenswerten Beschäftigungseffekten.

Auch in anderen Bereichen der Politik (so z.B. in der Ausländerpolitik, der Bekämpfung der neuen Nazis etc) ist von fortschrittlichen Initiativen nicht viel zu sehen, so daß der allgemeine Wind von rechts auch in der konkreten Politik vor Ort, z.B. in der Ausweisungspraxis der Kommunen etc. durchschlägt.

Angesichts dieser Lage sieht die KPD es als eine wichtige Aufgabe an, die sozialdemokratische Politik als Holzweg für die Werktätigen bewußt zu machen. Wir wollen deutlich machen: Wer in seiner Politik nicht bereit ist, Maßnahmen gegen das Kapital durchzuführen und durchzudrücken, muß zwangsläufig die Vollstreckung der kapitalistischen Krisenmaßnahmen auf Ko-

Nach langen (z. T. kontrovers geführten) Diskussionen haben die drei Landesbezirke der KPD in NRW beschlossen, in einer Reihe von Wahlkreisen eine Kandidatur der KPD anzustreben.

sten der Werktätigen betreiben.

Dieser Politik setzt die KPD die Losung: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“ oder etwas salopper ausgedrückt: Wer die Politiker kauft, kann auch die Krise bezahlen“ entgegen. Dieses ist unsere Leitlinie für die Unterstützung der täglichen Abwehrkämpfe der Werktätigen.

Darüber hinaus hält die KPD es für dringend erforderlich, den Werktätigen aufzuzeigen, daß der Kapitalismus, sein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sein auf den alljährlichen Wahlvorgang zurechtgestutztes und dazu noch „geflicktes“ Demokratieverständnis überhaupt nicht in der Lage ist, eine Zukunft ohne Massenarbeitslosigkeit und Armut zu bieten.

Deshalb gilt es insbesondere für die Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung, den täglichen Kleinkrieg für die Verteidigung der Lebenslage, für Verbesserungen und Reformen wieder mit der Diskussion und dem Kampf für eine umfassende gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu verbinden. Diese Alternative sehen wir Kommunisten in der sozialen und politischen Revolution, in dem Kampf für einen Sozialismus ohne Mauern, einen Sozialismus mit umfassender Demokratie für „die da unten“, mit einem auf ein notwendiges Minimum reduzierten staatlichen Apparat, der sich zum Ziel setzt, grundsätzlich die Ausbeutung des Menschen durch

den Menschen zu beseitigen.

Wir wissen allzu gut, daß diese Alternative gerade auch in der Gewerkschaftsbewegung in den letzten 30 Jahren völlig an den Rand gedrängt worden ist. Dort, wo sie überhaupt noch aufgeworfen wird, versucht man sie mit dem Hinweis auf den sogenannten realen Sozialismus abzuwürgen. Die KPD tritt dem Abwürgen dieser Diskussion entgegen. Die Entartung der ehemals sozialistischen Länder kann und darf für die klassenbewußten Arbeiter und Angestellten kein Hinderungsgrund sein, sich mit grundlegenden Alternativen zum kapitalistischen System zu befassen.

Dieses Eintreten für eine revolutionäre Perspektive ist auch ein ganz wesentlicher Grund (nicht der einzige) dafür, daß die KPD trotz der Kandidatur der Grünen und trotz Kandidatur der Friedensliste mit eigenen Kandidaten zur Wahl antreten will. Daß die undemokratische 5-Prozent-Klausel viele abhalten wird, Parteien zu wählen, die nicht diese Grenze überschreiten werden, wissen wir. Aber wir treten für eine Wahlentscheidung ohne Schere im Kopf ein.

Unbestritten ist auch für uns, daß sowohl die Grünen als auch die Friedensliste in einer ganzen Reihe von Fragen mit uns an einem Strang ziehen.

Unbestritten ist auch für die KPD, daß der sicher erwartete Einzug der Grünen in den Landtag die dortige Szene beleben wird, was sowohl den Wendeparteien

als auch der SPD einige Kopfschmerzen bereiten wird. Unbestritten positiv ist z.B. auch der Beschluß der Grünen, auf Platz 1 ihrer Landesreserveliste demonstrativ einen ausländischen Kollegen zu setzen, um ein Zeichen für die Forderung nach gleichen Rechten, insbesondere dem Wahlrecht für Ausländer zu setzen.

Doch nach wie vor sehen wir bei den Grünen keine Möglichkeit, eine klassenkämpferische, auf die Entwicklung der Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung orientierte Politik zu vertreten. Neben vielen Ungeheimheiten (z.B. der Forderung nach dem vollständigen Ausstieg aus der Kohleenergie), beschränken sie sich auf einen zwar streitbaren, teilweise auch anti-kapitalistische Stimmungen aufgreifenden Reformismus, der aber so gut wie keinen Spielraum für sozialistische oder kommunistische Politik läßt. Bezüglich der Friedensliste (ein Personenkreis von DKP, DS und anderen Kräften aus der Friedensbewegung) bleibt anzumerken, daß wir neben der von uns nicht zu akzeptierenden positiven Grundhaltung bezüglich der sogenannten Friedensverhandlungen der Supermächte, die Schwerpunktsetzung auf die Friedensfrage im Landtagswahlkampf politisch nicht teilen können.

Die KPD hat sich im Vorfeld der Wahlen auch um ein revolutionäres Bündnis bemüht, das leider nicht zustande gekommen ist. Dabei war mit der GIM (Gruppe internationaler Marxisten) und dem BWK (Bund westdeutscher Kommunisten) zumindest eine ernsthafte Diskussion mög-

lich, auch wenn beide letztendlich sich gegen ein Bündnis der revolutionären Sozialisten entschieden.

Im Gegensatz dazu erklärte die MLPD von vornherein ein Bündnis oder eine gemeinsame Kandidatur für unmöglich und teilte uns mit, auf jeden Fall allein zu kandidieren. Dies führte nun zwangsläufig zu der unsinnigen Situation, daß in einigen Wahlkreisen zwei Parteien mit einem revolutionären kommunistischen Anspruch kandidieren werden. Die Verantwortung hierfür liegt allerdings bei der nach wie vor eklatant arroganten Haltung der MLPD.

Obwohl sicherlich die innerparteilichen Randbedingungen einer Wahlbeteiligung der KPD nicht gerade besonders günstig sind und wir auch erheblich Zeit verloren haben, hoffen wir auf eine aktive Unterstützung der Wahlbeteiligung der KPD durch möglichst viele Genossinnen, Genossen und Freunde der Partei.

Die erste und sicherlich nicht einfach zu nehmende Hürde ist die Sammlung der notwendigen 1000 Unterschriften für die Landesreserveliste und die jeweils 100 Unterschriften für die Direktkandidaten in den von uns ausgesuchten 15 Wahlkreisen in Dortmund, Witten, Recklinghausen, Bielefeld, Düsseldorf, Leverkusen, Köln bis Ende März.

Wir rufen alle Leser in den betreffenden Städten und darüber hinaus auf, sich bei den örtlichen Kontaktadressen der KPD oder bei der Zentrale zu melden, Unterschriftenlisten anzufordern und aktiv den Wahlkampf der Partei zu unterstützen durch Verteilen der demnächst erscheinenden Flugblätter, Plakate, durch Besuch der Veranstaltungen und durch Spenden, um die Landtagswahl im Rahmen unserer Möglichkeiten für die Verbreitung unserer Politik zu nutzen.

Abschluß Chemie-Industrie

3,8 Prozent plus „arbeitszeitpolitischer Sondertarif“

Die zentralen Tarifverhandlungen zwischen der IG Chemie und dem Bundesarbeitsgeberverband Chemie sind zum Abschluß gekommen. Kernpunkte: Lohn- und Gehaltserhöhung von 3,8 Prozent ab Sommer 85 und ein sogenannter arbeitszeitpolitischer Sondertarif.

Um die 3,8 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung und die Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 20 bis 23 Mark monatlich richtig zu

würdigen, muß ins Bewußtsein gerufen werden, daß die Gewinne der Chemiekonzerne buchstäblich explodiert sind. Vor diesem Hinter-

Bundesarbeitsgericht Kassel

Verbesserter Weiterbeschäftigungsanspruch

Der große Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel hat in einem Urteil vom 27. März im Grundsatz bejaht, daß entlassene Arbeiter und Angestellte Anspruch auf Weiterbeschäftigung haben, wenn in der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht die Unwirksamkeit der Kündigung festgestellt wurde.

Diese Entscheidung bedeutet eine gewisse Verbesserung der Rechtslage im Kündigungsschutz. Die bisherige Lage ist die, daß dem betroffenen Kollegen ein Erfolg im Kündigungsschutzverfahren in erster Instanz praktisch nichts genützt hat, weil ein

Weiterbeschäftigungsanspruch so lange kaum durchzusetzen war, so lange das Kündigungsschutzverfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen war. Das kann sich aber erfahrungsgemäß gut und gerne zwei Jahre hinziehen. Nach einer so langen Frist aber steht der Weiterbeschäftigungsanspruch oft nur noch auf dem Papier. Zum einen sind die betroffenen Kolleginnen und Kollegen meist gezwungen, zwischenzeitlich eine andere Ar-

beit anzunehmen. Zum anderen konnten die Unternehmer häufig nach einer so langen Frist Gründe dafür anführen, daß eine Weiterbeschäftigung für sie „unzumutbar“ sei.

Mit dem jetzigen Urteil mußte es eigentlich zur Regel werden, daß ein Weiterbeschäftigungsanspruch nach gewonnener Kündigungsschutzklage in erster Instanz tatsächlich durchgesetzt werden kann.

Skepsis ist zunächst allerdings angebracht. Abzuwarten bleibt, wie es sich in der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte niederschlagen wird, daß das BAG in seinem Urteil den Weiterbeschäftigungsanspruch (und zwar im Sinne von tatsächlicher Beschäftigung, nicht nur als Weiterzahlung des Lohnes) nur mit folgender Einschränkung bejaht hat: soweit dem nicht schützenswerte Interessen des Unternehmers entgegenstehen. Bleibt zu hoffen, daß diese Gummiformulierung nicht dazu führt, daß der Weiterbeschäftigungsanspruch in der Praxis doch nicht durchgesetzt werden kann.

Ab Januar 1986

38,5 Stunden auch im Einzelhandel?

Die HBV und die DAG haben mit der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels vereinbart, daß ab 1. Januar 1986 die wöchentliche Arbeitszeit für 2,3 Millionen Beschäftigte im Einzelhandel 38,5 Stunden betragen wird. Diese Vereinbarung gilt als Empfehlung für die Tarifverhandlungen in den einzelnen Bezirken.

Die weiteren Einzelheiten dieser Vereinbarung sind allerdings weit weniger erfreulich:

- die Unternehmer sollen ihre Mitarbeiter auch künftig ohne Zahlung von Überstundenzuschlägen bis zu 40 Wochenstunden arbeiten lassen können;
- die Kosten für die Wochenarbeitszeitverkürzung, die zwischen 3,9 und 4,2 Prozent beziffert werden, sollen in diesem und im kommenden Jahr auf die Lohn- und Gehaltserhöhung voll angerechnet werden.

Die HBV-Führung hat diese Vereinbarung als „entscheidenden Durchbruch auf dem Weg zur durchgreifenden Verkürzung der Arbeitszeit“ bezeichnet. Andererseits aber ist mit dieser Empfehlung der zentralen Vereinbarung für die Beschäftigten des Einzelhandels ein Reallohnabbau in den nächsten zwei Jahren programmiert.

Gerade die Einkommen im Einzelhandel sind aber ohnehin sehr niedrig. Zweitens schließt diese Vereinbarung keineswegs aus, daß die Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen kapazitätsorientiert umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sprachen Unternehmensvertreter bereits die Möglichkeit an, an bestimmten Tagen die umsatzschwache erste Öffnungsstunde künftig geschlossen zu halten. In Verbindung mit der eingeräumten Möglichkeit, auch künftig überstundenzuschlagsfrei 40 Stunden arbeiten zu lassen, ergeben sich hier für die Unternehmer erhebliche Möglichkeiten der Leistungsverdichtung. Beides müßte für die Kolleginnen und Kollegen der HBV eigentlich Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob entsprechender Druck bei den bezirklichen Tarifverhandlungen nicht noch Verbesserungen durchsetzen kann.



Chemiespezifisch: Der Abschluß stinkt

grund sind die 3,8 Prozent alles andere als ein Erfolg.

Hinter dem „arbeitszeitpolitischen Sondertarif“ verbirgt sich folgendes: Kolleginnen und Kollegen, die mindestens 58 Jahre sind, können nach mindestens 10jähriger Betriebszugehörigkeit auf 20 Wochenstunden umsteigen. Der Lohn- und Gehaltsausgleich für die entfallenden 20 Wochenstunden beträgt 70 Prozent. Insgesamt dürften diese Kolleginnen und Kollegen dann auf ca. 85 Prozent des Brut-

toverdienstes für 40 Stunden kommen. Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die diese Regelungen wahrnehmen können, wird auf 5 Prozent der Belegschaft begrenzt. Deshalb rechnet der IG-Chemie-Vorstand damit, daß bis Ende 1988 zwischen 40000 und 50000 Beschäftigte kürzer arbeiten werden. Kann ein Betrieb die Teilzeitarbeitsplätze nicht anbieten, haben die Kolleginnen und Kollegen tariflichen Anspruch auf die Vorruhestandsregelung. Die Vorruhestandsregelung sieht ei-

ne gestaffelte Anspruchsberechtigung vor. Schwerbehinderte können bereits mit 58 Jahren bei 10jähriger Betriebszugehörigkeit in den Vorruhestand treten, Beschäftigte mit 15jähriger vollkontinuierlicher Schichtarbeit vom 49. Lebensjahr an, alle übrigen Beschäftigten mit mindestens 10jähriger Betriebszugehörigkeit vom 60. Lebensjahr an.

Das Vorruhestandsgeld wird 75 Prozent des letzten Monatsbruttoeinkommens betragen, zuzüglich 75 Prozent der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge (vom 3. Jahr an nur noch 50 Prozent).

Die Kolleginnen und Kollegen mit tariflichem Anspruch auf die Vorruhestandsregelung können sich alternativ auch für die 20-Stunden-Woche unter den oben genannten Bedingungen entscheiden. Sollte dabei die für die 20-Stunden-Regelung vereinbarte 5-Prozent-Begrenzung erreicht werden,

Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch
Datenschutz bei Hoesch: Lügen haben kurze Beine!

Belegschaftsversammlung Werk Union im Herbst 1984: RGO-Betriebsrat Siemon stellt an den Arbeitsdirektor Heese die Frage, ob Hoesch plant, ein Personalinformationssystem einzuführen. Antwort von Dr. Heese: „Nein“

Betriebsrätevollkonferenz der Hoesch Stahl AG im Siegerland im Dezember 1984:

Betriebsrat Hartmut Siemon stellt erneut die gleiche Frage! Diesmal wird die Frage von den anwesenden Vorstandsmitgliedern nicht beantwortet — einige Tage später wird nur nebenbei erklärt, man habe so etwas noch nicht, plane es auch nicht.

Jetzt, im Februar 1985 wird offiziell mitgeteilt, man plane eine Vereinheitlichung der Abrechnungssysteme bei der Stahl AG. Gleichzeitig gibt der Personalchef und Datenschutzbeauftragte (!!) Kahmeyer bekannt, daß er schon im Dezember einen Brief an den Arbeitsdirektor geschrieben hat, um mitzuteilen, daß man eben nicht nur eine Vereinheitlichung plant sondern ein Personalinformationssystem.

Gleichzeitig verstößt

Hoesch nach wie vor gegen Arbeitsgerichtsurteile bezüglich der Registrierung von Telefonnummern.

1. Darf ein Unternehmer nicht die Telefonnummern notieren, die vom Unternehmen aus angerufen werden. Hoesch tut dies trotzdem in regelmäßigen Abständen — zuletzt im Oktober 1984 auf der Westfahlenhütte, im November/Dezember auf Union und Phönix.

2. Bei den Telefonen des Betriebsrats darf weder die Nummer notiert, noch die Gebühren notiert werden — auch daran hält sich Hoesch nicht.

In dieses Bild passen auch die Überlegungen über einen neuen Werksausweis. Der soll offenbar auch maschinell lesbar sein.

Der automatische Pfortner bei Hoesch wäre dann nicht mehr fern — erneut wären neben der Erfassung aller Ein- und Ausgänge wiederum -zig Arbeitsplätze gerade für Schwerbehinderte und ältere Kollegen weg. Deshalb:

- Gegen Datenschutz und gläsernen Menschen!
- Nein zu einem Personalinformationssystem bei Hoesch!

121 000 Unterschriften für die Rechte der Personalräte

121 000 Unterschriften hat die ÖTV in Hessen mit Unterstützung des DGB gesammelt, um die erweiterten Mitbestimmungsrechte der Personalräte im neuen hessischen Personalvertretungsgesetz gegen die Angriffe der CDU zu verteidigen.

Wie im Roten Morgen (3/1985) berichtet, haben CDU-beherrschte Stadträte und Kreistage eine Klage vor dem hessischen Staatsgerichtshof (Landesverfassungsgericht) angestrengt, um das hessische Personalvertretungsgesetz für verfassungswidrig erklären zu lassen. Damit der hessische DGB in diesem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof überhaupt als Verfahrens-

haben ältere Kollegen mit längerer Betriebszugehörigkeit Vorrang.

Wie der Verhandlungsführer der Chemie-Kapitalisten, Molitor, hervorhob, sei dieser „chemiespezifische Kompromiß“ ohne „Verhandlungszwang“ zustande gekommen. „Verhandlungszwang“ bestand für die Unternehmer deshalb nicht, weil die IG Chemie den Tarifvertrag über die Arbeitszeit gar nicht gekündigt hatte. IG-Chemie-Chef Rappe, auf politischem Gebiet ein anerkannt fanatischer Gegner einseitiger Abrüstungsschritte, handelt als Gewerkschaftsführer offensichtlich nach dem Motto „Frieden schaffen — ohne Waffen“.

Allein die Tatsache, daß die Unternehmer sich freiwillig bereit erklärt haben, im Zusammenhang mit der Lohnrunde 85 auch über Arbeitszeitfragen zu verhandeln, wirft auf die Politik der Rappe-Führung ein bezeichnendes Licht; denn Rappe und Konsorten hatten vor der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie und anderen Branchen nichts besseres zu tun, als die Arbeitszeit von 40 Stunden bis Ende 1987 festzuschreiben — gegen eine lächerliche Regelung für die älteren Kolleginnen und Kollegen.

Als dann 1984 für Millionen Beschäftigte spürbare Wochenarbeitszeitverkürzungen durchgesetzt werden konnten, fürchten die Chemieunternehmer wohl um den Ruf ihres Koalitionspartners und boten für 85 freiwillig einen Einstieg in die Arbeitszeitfrage an.

Obwohl er nur einen sehr geringen Teil der 660000 Beschäftigten in der Chemieindustrie betrifft, obwohl die von ihm ausgehende Beschäftigungswirkung gegen null tendieren dürfte, geht von diesem „arbeitszeitpolitischen Sondertarif“ leider eine bleibende Wirkung aus: die 40-Stunden-Woche in der Chemieindustrie ist jetzt bis 1988 festgeschrieben.

partei auftreten kann, mußte er 40757 Unterschriften beim hessischen Staatsgerichtshof vorlegen. Daraufhin setzten ÖTV und DGB sich das Ziel, bis zum 8. Februar 50000 Unterschriften zu sammeln. Jetzt sind es über 120000 geworden.

Ein guter Erfolg im Kampf gegen die Angriffe der Reaktion auf die Rechte der Personal- und Betriebsräte und der Gewerkschaften. Zur Zeit werden die Unterschriften, die alle amtlich beglaubigt sein müssen, vom hessischen Staatsgerichtshof zwar noch überprüft. Aber die Zulassung des DGB als Verfahrenspartei dürfte mit diesem erfolgreichen Ausgang der Unterschriftenaktion wohl erzwungen sein.

Für 19 Millionen „Humanisierung“ Bei Blaupunkt in Herne nimmt der Streß der Frauen zu

Wie Blaupunkt vorging, um ohne Kosten für einen Sozialplan die Zahl der Beschäftigten binnen kurzer Zeit zu reduzieren, hat Christiane Nowak, seit 1976 im Betrieb, in der Praxis miterlebt: „Kranken und anfälligen Kolleginnen wurde nahegelegt, Rücksicht auf ihre Gesundheit zu nehmen und besser nur ihre Kinder und ihren Haushalt zu betreuen. Ältere Kolleginnen wurde angeschrieben, ob sie nicht vorzeitig in ihren wohlverdienten Ruhestand gehen wollten. Mit ein paar Mark wurden sie geködert, ihren abgesicherten Arbeitsplatz zu verkaufen. Menschen, die ihre Gesundheit im Laufe der Jahre der Firma

geopfert hatten und jetzt kaputt waren, wurden abgeschoben, und zurück blieb eine olympiareife Mannschaft. So definieren Arbeitgeber den Abbau von Beschäftigten durch natürliche Fluktuation.“

1978 arbeiteten bei Blaupunkt in Herne noch 1580 Frauen und Männer, Frauen überwiegend am Fließband in der Produktion, Männer als Facharbeiter und Maschineneinrichter. 1984 weist die Personalstatistik in Herne nur noch knapp 1000 Beschäftigte auf. Renate Strauß, 38 Jahre alt, alleinerziehende Mutter von drei Kindern und seit 1969 im Betrieb, kennt die Ursache

für den gewaltigen Aderlaß: „Rationalisierungen und neue Technologien haben die Arbeit so verändert, daß sie mit den ursprünglichen Arbeitsplatzbeschreibungen nichts mehr zu tun hat. Während altgewohnte Handgriffe reduziert wurden, kam in anderen Bereichen mehr hinzu, immer mehr wird dir aufgebürdet.“

Daß Rationalisierung zu meist verschärfte Ausbeutung zur Folge hat, erlebten die Frauen in Herne ausgerechnet an einem Projekt, das unter der Flagge „Humanisierung der Arbeit“ segelte und mit 19 Millionen Mark vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert wurde. Einen goldenen Schnitt machte Blaupunkt mit diesem Projekt, das die Absicht der „Humanisierung der Arbeit“ auf den Kopf stellt. Große Ziele wie „mehr Arbeitsinhalte, individuelle Festlegung des Arbeitsrhythmus, gute Kommunikationsmöglichkeit und Höherqualifikation für die betroffenen Frauen“ versprach die Projektbeschreibung. Das Kernstück des Projektes lautete: Abschaffung der Fließbandarbeit bei der Montage von Lautspre-

chern. Statt wie bisher am Band sollten die Frauen in autonomen Arbeitsgruppen die Lautsprecher bis zur Fertigstellung montieren. Was dabei herausgekommen ist, stellt sich für Renate Michellis, die von Anfang an dabei war, so dar: „Jede Kollegin in der Lautsprechermontage ist jetzt in der Lage, einen Lautsprecher komplett zu montieren. Wir werden so variabel eingesetzt, wie es die Produktion erfordert.“ Eine Mitbestimmung bei der Arbeitsgestaltung, bei der Bestimmung von Leistungsumfang und Leistungsbedingung wurde natürlich nicht eingeführt. Die Bezeichnung „autonome Gruppenarbeit“ blieb für die beteiligten Frauen eine Worthölse. Statt der bisherigen Fließbandarbeit, wo Stück für Stück der Lautsprecher montiert wurde, hatten sie nun im Akkord eine Vielzahl von Handgriffen zu bewältigen. Der in Aussicht gestellte höhere Lohn blieb auch auf dem Papier. Mehr Geld für die Mehrarbeit bekam keine. „Einfache Arbeiten bleiben auch in der Summe einfache Arbeiten“, urteilten die Gutachter, als der Betriebsrat die Erwartung nach höherem Lohn durchsetzen wollte. „Das Projekt war zum Schaden der Belegschaft“, urteilten die Frauen nach Abschluß der „Humanisierung“ die Blaupunkt einen beträchtlichen Rationalisie-

rungserfolg brachte. Ein Drittel der herkömmlichen Arbeitsplätze im Bereich der Lautsprechermontage fiel weg.

Scheibchenweise erlebten die Frauen die negativen Folgen von Rationalisierungen. Mal war es die Verlagerung von bisherigen Produkten in andere Blaupunkt-Werke, mal änderte sich das Material — statt Metall wurde Kunststoff eingeführt —, und das Löten per Hand übernahm ein Automat, ein Roboter. Christiane Nowak weiß: „Bei Blaupunkt in Herne hat das Roboterzeitalter angefangen.“

So ist es auch in den übrigen fünf Werken des Autodior-Herstellers. Insgesamt beschäftigte der Konzern 1978 rund 14000 Beschäftigte, sechs Jahre später sind es nur noch etwas über 9000. Die verschiedenen Produktionsstandorte — dabei unter anderem in strukturschwachen Gebieten wie Salzgitter und Osterode im Harz — machen es der Konzernleitung möglich, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen. So wie die Betriebsrätin Christiane Nowak wissen es auch alle anderen Betriebsräte im Konzern: „Blaupunkt investiert in den nächsten Jahren viele Millionen. Aber 90 Prozent aller Investitionen sind für die Rationalisierung bestimmt. Damit ist für uns Arbeitnehmer eine düstere Zukunft vorpro-

grammiert. Der Handlungsspielraum des Betriebsrates wird zudem durch eiskalte Erpressungsversuche von Arbeitgeberseite eingeengt. Wenn Arbeitgeberwünschen nicht stattgegeben wird, heißt es: Dann verlagern wir eben die Produktion. Es ist unheimlich schwer, den Kolleginnen unter dem Druck der Arbeitsplatzangst das Bewußtsein zu vermitteln, daß der Arbeitgeber nur eins im Auge hat, nämlich Gewinne zu machen, egal wie.“

Das Konzept der Flexibilisierung und Rationalisierung in der Produktion übertrug der Konzern nahtlos auf seine Personalpolitik. Aus den früher unbefristeten Einstellungen wurden Zeitarbeitsverträge, aus Vollzeitbeschäftigung über acht Stunden wurde Teilzeitarbeit, und weil Frauen nachts nicht voll durcharbeiten dürfen, wurden für die dritte Schicht, die Nachtschicht, ausschließlich Männer eingestellt. „Zeitverträge machen jeden Arbeitnehmer erpreßbar, und jeder erlebt es tagtäglich im Betrieb: wenn eine neue Maschine kommt, sind gleich mehrere Arbeitsplätze weg. Früher wurden die Betroffenen an einer anderen Stelle im Betrieb eingesetzt, heute fliegen sie einfach raus“ begründet Renate Strauß, warum das Unternehmen nur noch Frauen mit einem befristeten Arbeitsvertrag einstellt.

Lohndiskriminierung der Frauen!



In der Lohndiskriminierung der Frauen kristallisieren sich verschiedene Aspekte der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frauen, die außerhalb des Arbeitsmarktes existieren und in der marktmäßigen Verwertung der Frauenarbeit aufgegriffen und um tarifliche, betriebliche und arbeitsmarktpolitische Diskriminierungspraktiken erweitert werden.

Die nachfolgenden Tabellen geben einen deutlichen Einblick. Besonders wichtig ist, daß sich durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik, die betriebliche und tarifliche Eingruppierungspraxis die Einkommensunterschiede von 1975 bis 1983 nicht etwa verringert haben, sondern die zwischen Frauen und Männern bestehende Einkommensdifferenz nicht nur absolut, sondern auch relativ zugenommen hat — bei Angestellten und bei Arbeitern um je 12 Prozent.

Veränderungen in der tariflichen und betrieblichen Lohn-/Gehaltspolitik tun also dringend not!

Gruppe Angestellte
Bruttomonatsgehälter und Verteilung nach Leistungsgruppen und Geschlecht

	Insag.	IG II	III	IV	V
Frauen DM	2.469,--	3.843,--	2.876,--	2.102,--	1.762,--
Männer DM	3.087,--	4.784,--	3.567,--	2.618,--	2.155,--
Differenz	./ 36,5 %	./ 19,7 %	./ 19,4 %	./ 19,7 %	./ 18 %

Verteilung Frauen/Männer:

Frauen	38,2 %	6,9 %	36,3 %	46,5 %	10,2 %
Männer	61,8 %	38,6 %	46,4 %	13,2 %	1,7 %

Bei den Angestellten entwickelte sich die durchschnittliche geschlechtsspezifische Verdienstspanne der Monatsgehälter wie folgt:

1975 = DM	896,--
1981 = DM	1.273,--
1983 = DM	1.418,--

Gruppe Arbeiter
Bruttostundenlöhne und Verteilung nach Leistungsgruppen und Geschlecht

	Insag.	IG 1	IG 2	IG 3
Frauen DM	11,78	12,78	12,05	11,40
Männer DM	16,31	17,15	15,51	13,71
Differenz	./ 27,8 %	./ 25,5 %	./ 22,3 %	./ 16,9 %

Verteilung Frauen/Männer:

Frauen	18,1 %	6,4 %	45,04 %	48,6 %
Männer	81,9 %	59,3 %	31,1 %	9,6 %

Die geschlechtsspezifische Differenz in den Bruttostundenlöhnen entwickelt sich bei den Arbeiterinnen/Arbeitern:

1975 = DM	2,88
1981 = DM	4,11
1983 = DM	4,52

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2.1, 2.2, Stand: jeweils Juli 1983

Rationalisierung der Montagearbeit

Rund 1,1 Millionen abhängig Beschäftigte sind in diesem unserem Lande mit „Montagearbeiten“ beschäftigt. Darunter haben die fünf größten Branchen des Metallbereichs mit rund 670 000 Beschäftigten den größten Anteil. Diese Branchen sind:

Maschinenbau, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik/Uhren, EBM-Industrie.

Bis auf den Bereich Maschinenbau ist ein überwiegender Anteil der dort Arbeitenden Frauen (dazu auch der Bericht von Blaupunkt auf dieser Seite). Auf diesem Sektor ist mit massivem Arbeitsplatzabbau zu rechnen. In einer entsprechenden Studie wird festgehalten:

„Die industrielle Serienmontage gilt als wesentlicher Feld zukünftiger Rationalisierungsmaßnahmen. (...) Die maßgeblichen (technischen) Komponenten sind dabei:

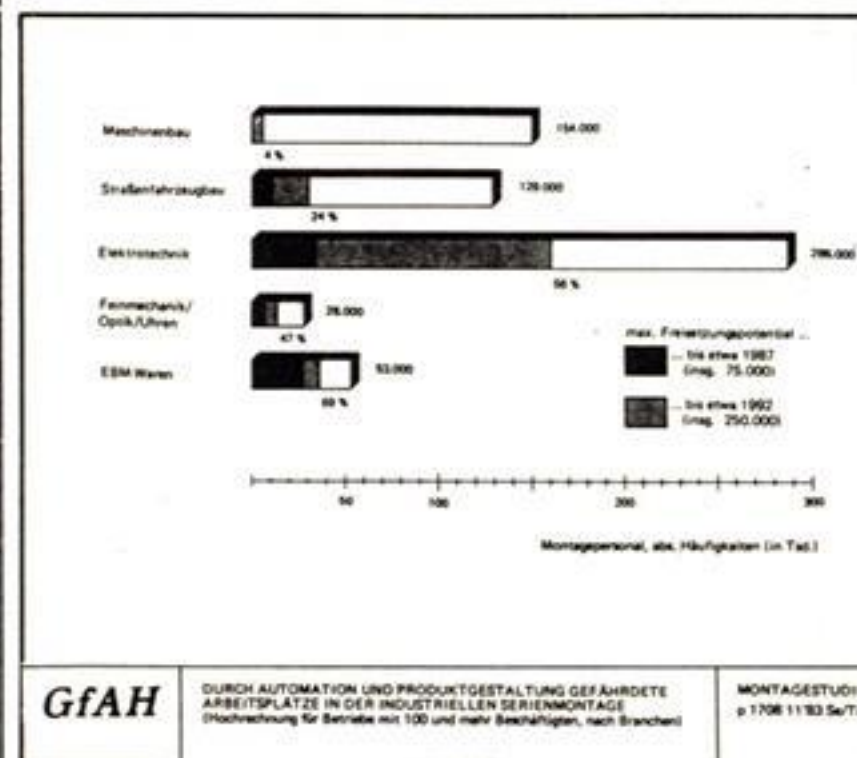
- programmierbare Handhabungssysteme
- computergestützte Steuerungskonzepte,
- flexible Verkettungsmittel ...“

Hintergrund ist, daß der Anteil für Automatisierungsmaßnahmen in der Montage überproportional im Verhältnis zu allen Investitionen zunimmt. 1987 soll

die Hälfte aller Investitionsmittel in der Montage für Automatisierungsvorhaben ausgeben werden.

Besonderes Merkmal der Frauentätigkeit in diesen Montagebereichen ist, daß sie extrem kurzzyklisch sind und auf geringem Qualifika-

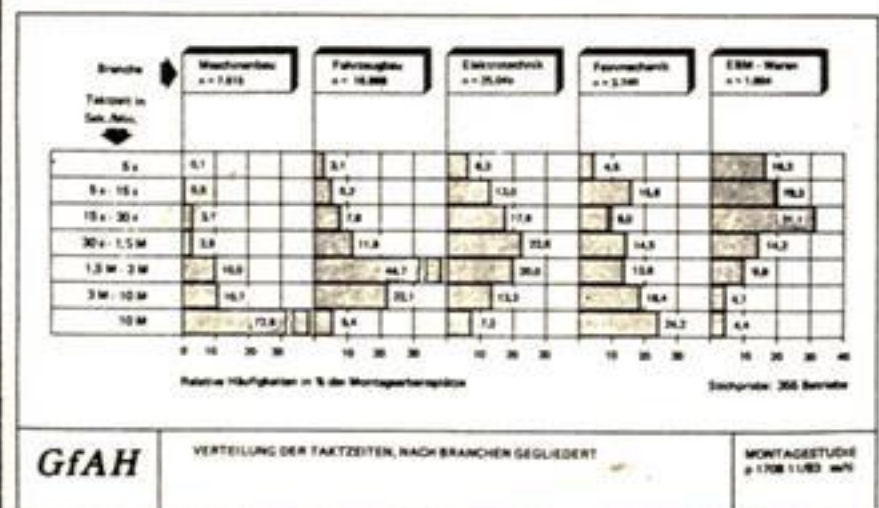
Ohne Berücksichtigung von Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung und anderen Widerstandsformen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die einen Abbau der Arbeitsplätze verhindern, kommt die schon oben zitierte Studie zu folgenden möglichen Freisetzungspotentialen im Bereich der fünf Hauptbranchen der Metallindustrie:



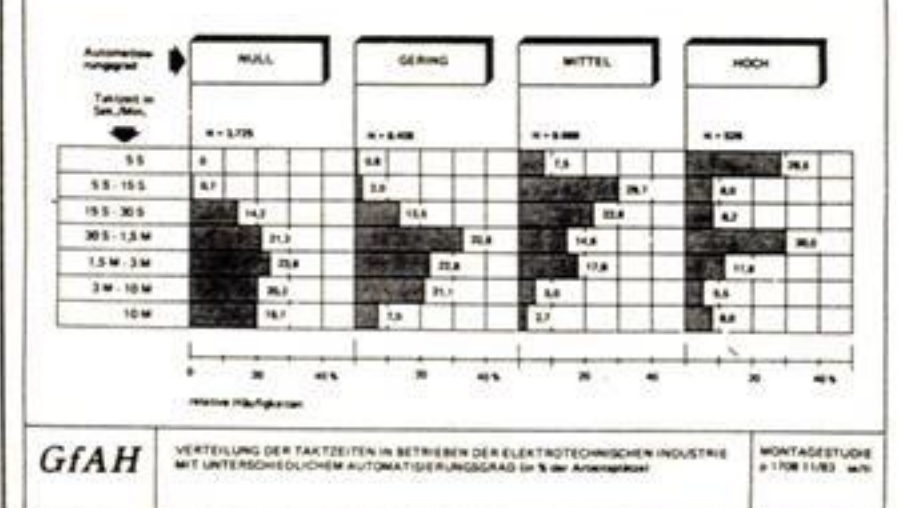
GfAH DURCH AUTOMATISATION UND PRODUKTGESTALTUNG GEFÄHRDETE ARBEITSPLÄTZE IN DER INDUSTRIELLEN SERIENMONTAGE (Nachrechnung für Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten, nach Branchen) MONTAGESTUDIE p. 1708 11/83 S. 71

tionsniveau stattfinden. Eine Verteilung nach Branchen zeigt folgendes Bild:

Angesichts der oben ge-



GfAH VERTEILUNG DER TATKZEITEN, NACH BRANCHEN GEGLIEDERT MONTAGESTUDIE p. 1708 11/83 S. 71



GfAH VERTEILUNG DER TATKZEITEN IN BETRIEBEN DER ELEKTROTECHNISCHEN INDUSTRIE MIT UNTERSCHIEDLICHEN AUTOMATISIERUNGSGRAD (in % der Arbeitsplätze) MONTAGESTUDIE p. 1708 11/83 S. 71

Gewerkschaften und Teilzeitarbeit

Knapp 3 Millionen Beschäftigungsverhältnisse laufen unter dem Stichwort „Teilzeitarbeit“. Unter Teilzeitarbeit sind die verschiedensten Arbeitsformen unterhalb der „Regelarbeitszeit“ von 38/40 Stunden zu verstehen. Es nimmt nicht wunder, dass der Bereich des Handels, auf dem Teilzeitarbeit anzutreffen ist, ist der Bereich des Handels. Als Beispiel für diese Situation der Einzelhandels.

In den vergangenen Jahren lassen sich hier starke Rationalisierungstendenzen verzeichnen. Es handelt sich um die Einführung der Selbstbedienung in immer mehr Warenbereichen, um die Zentralisierung von Funktionen in den Großunternehmen, die Einführung der Personaleinsatzplanung — und in den letzten Jahren besonders forciert — eine Intensivierung der genannten Prozesse auf Grundlage elektronischer Datenkassensysteme verbunden mit der Einführung geschlossener Warenwirtschaftssysteme. Diese Entwicklung ist verbunden mit Personalabbau, weitgehender Reduktion der Verkaufstätigkeit — insbesondere des Beratungsteils — und der Intensivierung der Arbeitsleistung der Beschäftigten. Ferner wurde es durch die Personaleinsatzplanung möglich, den Umfang des einzusetzenden Verkaufspersonals am Kundenandrang auszurichten. Dies ist die technisch-organisatorische Bedingung für das starke Anwachsen der Teilzeitarbeit.

In einer Untersuchung des WSI (DGB-Institut) heißt es zum Problem der Teilzeitarbeit: „Die Gewerkschaften befinden sich bezüglich Teilzeitarbeit in einem Dilemma. Einerseits sind mit Teilzeitarbeit erhebliche Nachteile und Probleme verbunden. Teilzeitarbeit wird in den Betrieben als Rationalisierungsinstrument mit negativen Konsequenzen für die Quantität und Qualität auch der Vollarbeitsplätze eingesetzt; Teilzeitarbeit verfestigt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bzw. Diskriminierung der Frauen in den Unternehmen und in den außerbetrieblichen Lebensbereichen. (...) Andererseits ist Teilzeitarbeit unter den gegebenen Bedingungen für viele verheiratete Frauen mit Kindern die einzige Möglichkeit einer Teilnahme am Erwerbsleben, und in vielen Bereichen wird ein erheblicher Teil des Arbeitsvolumens von Teilzeitarbeitern erbracht.“ (WSI, Januar 85)

der, daß etwa 93 Prozent dieser Arbeitsverhältnisse von Frauen ausgeübt werden — sind sie doch in dieser unserer Bundesrepublik gezwungen, Erwerbstätigkeit und Familie, Kindererziehung und Beruf unter einen Hut zu vereinen.

benen Bedingungen für viele verheiratete Frauen mit Kindern die einzige Möglichkeit einer Teilnahme am Erwerbsleben, und in vielen Bereichen wird ein erheblicher Teil des Arbeitsvolumens von Teilzeitarbeitern erbracht.“ (WSI, Januar 85)

Gerade weil die Verhältnisse so sind, ist um so erschreckender, wie gering derzeit innerhalb der Gewerkschaften und ihrer Politik das Eingehen auf diese Probleme ist.

Das betrifft zum einen die Frage der Lohn/Gehaltstarifverträge.

Das festzustellende niedrigere Niveau bei Lohn und Gehalt der Frauen im Vergleich zu den Männern hat relativ wenig zu tun mit unterschiedlicher Bildung und Ausbildung. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die durchschnittlichen Bildungsquoten von Jungen/Mädchen angenähert — bei Bildungsabschlüssen Mittlere Reife/Abitur haben Frauen sogar einen überproportionalen Anteil, Jungen dagegen im Hauptschulbereich.

Auch die Ausbildungsquoten bzw. Studentenquoten

haben sich angenähert.

Kernpunkt der Diskriminierung sind die Lohn- und Gehaltstarifverträge, in denen — bevorzugt bei der analytischen Arbeitsbewertung — reine „Muskelkraft“ verstärkt bewertet wird und „typisch weibliche“ Tätigkeitsmerkmale systematisch unterbewertet werden, obwohl sie gerade an den „Frauenarbeitsplätzen“ bevorzugt abgefordert werden — Monotonie, repetitive Tätigkeiten usw.

Dies trifft auf die Teilzeitarbeitsplätze in besonderem Maße zu. In der schon zitierten WSI-Untersuchung wurden die derzeit vorhandenen Tarifverträge daraufhin untersucht, welche besonderen Bestimmungen sie für diese Arbeit enthalten.

Etwa 11 Millionen abhängig Beschäftigte — von insgesamt rund 23 Millionen — fallen unter die behandelten Tarifverträge. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

1. Allgemeine Bestimmungen zur Teilzeitarbeit gibt es in kaum einem Vertrag.

2. Nur selten schreiben die Tarifverträge vor, daß außer der Dauer auch die Lage der Arbeitszeit im Arbeitsvertrag geregelt sein muß.

3. Mehrarbeit ist in allen Tarifbereichen als die über die Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten hinausgehende Arbeitszeit definiert. Das heißt, daß die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten um ein erhebliches Stundenkontingent erhöht werden kann, ohne daß für sie Mehrarbeitszuschläge zu zahlen sind.

4. Vermögenswirksame Leistungen werden in einem Drittel der Fälle den Teilzeitbeschäftigten nicht gewährt, unterhalb einer bestimmten Grenze der Arbeitszeit.

5. Zuschläge werden ebenfalls in einer Reihe von Verträgen nur Vollzeit-Beschäftigten gewährt.

schäftigten gewährt.

6. Rationalisierungs-, Kündigungs- und Verdienstschutzabkommen werden ebenfalls nur begrenzt auf Vollzeitbeschäftigte angewandt.

7. Im öffentlichen Dienst werden bestimmte notwendige „Wartezeiten/Bewährungszeiten“ nur anteilmäßig für die Teilzeitbeschäftigten (Verhältnis der Arbeitszeit zu den Vollzeitbeschäftigten) angerechnet.

Diese Aufstellung macht deutlich, welches Handlungsdefizit in diesem Bereich gewerkschaftlicher Tätigkeit besteht. Von daher sind die Bestrebungen der HBV, in dieser Tarifrunde auch im Manteltarifvertrag besondere Absicherungen für Teilzeitbeschäftigte durchzusetzen, sicher unterstützenswert. Nichtsdestotrotz ist hier noch ein weites Aufgabenfeld — nicht nur für die Frauen in den Gewerkschaften, sondern mindestens ebenso für die Männer. Die klassenkämpferischen Kräfte müssen da mit eigenen Initiativen an der Spitze stehen.

Frauen häufiger krank als Männer?

Bis 1960 hatten Männer und Frauen einen etwa gleich hohen Krankenstand. Bis 1966 stieg der Krankenstand der Frauen gegenüber den Männern leicht an. Seit 1969/70 erst ist jedoch ein deutlicher Einfluß der Geschlechtsstruktur auf den durchschnittlichen Krankenstand zu verzeichnen. Der Krankenstand der Frauen ist niedriger als der der Männer.

Auch eine neuere Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin kommt zu dem Ergebnis: „Grundsätzlich kann in bezug auf Gesundheitsbeeinträchtigungen und Krankenstand nicht von den Frauen insgesamt gesprochen werden ... (es) zeigt sich dementsprechend auch, daß die häufig vorgebrachte pauschale Behauptung eines typischerweise bei Frauen anzutreffenden höheren Krankenstandes etwa aufgrund biologischer Dispositionen ... nicht aufrechterhalten werden kann ... dort wo sich geschlechtsspezifische Besonderheiten im Krankenstand feststellen lassen, ist auf hohem Plausibilitätsniveau davon auszugehen, daß hierfür in erster Linie nicht geschlechtsspezifische, sondern objektive Momente der gesamten Lebenslage ausschlaggebend sind.“ Dies wird im einzelnen durch die hohe Belastung der „typischen Frauenarbeitsplätze“ belegt.

Dazu kommt natürlich die bei fast allen erwerbstätigen Frauen festzustellende spezifische Belastung durch die Haus- und Berufsarbeit. Dies drückt sich in der geringeren Lebenserwartung der erwerbstätigen Frauen gegenüber den nicht erwerbstätigen aus.

„Frauen als Saaldiener?“

Am 8. 2. 1985 fand im Bundestag eine Debatte über die Situation der Frauen im öffentlichen Dienst statt. Neben einigen interessanten Tatsachen (so z. B., daß im Durchschnitt 1980 bis 1984 nur 7,3 Prozent Frauen in den höheren Dienst eingestellt wurden, oder nur 25 Prozent der Ausbildungsverträge mit Frauen geschlossen wurden) ergab sich eine Debatte über die Beschäftigung der Frauen im Bundestag, die wir auszugsweise im folgenden dokumentieren, da sie das Debatte-niveau gut beleuchtet.

„Eine reine Männertruppe sind die Saaldiener. Dort ist man also bisher nicht bereit gewesen, geschlechtsneutral auszuschreiben. Ich habe nach der Ursache gefragt.“ (Zuruf von der SPD: Da werden sich die Frauen aber draußen freuen! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Wir wollen doch, so habe ich es bisher verstanden, in allen Bereichen auch die Frauen berücksichtigen. Warum wollen Sie nicht auch den Beruf des Saaldiener mit einer Frau besetzen? Dafür habe ich kein Verständnis. (Heiterkeit und Beifall bei der SPD — Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Daß Sie nicht mehr verstehen, ist ja Ihre Tragödie!)

Präsident Dr. Jenninger: Frau Abgeordnete Rönch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Nickels?

Frau Rönch (CDU/CSU): Ich möchte gerade diesen Passus noch abschließen, dann gerne.

Bei den Saaldienern wurde es damit begründet, daß es ein reiner Männerberuf sei, weil in den sitzungsfreien Wochen sehr schwere Arbeit zu tun sei, dazu seien Frauen nicht in der Lage. Ich muß sagen, ich könnte mir auch hier einen Umdenkungsprozeß vorstellen, denn die Frauen, die im Saaldienst tätig wären, könnten z. B. Besuchergruppen mit betreuen, könnten im Besucherdienst sein oder könnten vielleicht auch Pförtnerdienste mit übernehmen. Ich könnte mir vorstellen, daß man auch da flexibel sein kann.

Wie gesagt, allgemein

sollte geschlechtsneutral ausgeschrieben werden; aber bei diesen zwei Berufssparten war es der Bundestagsverwaltung bisher nicht möglich. Bitte schön.

Frau Nickels (GRÜNE) Frau Kollegin, könnten Sie sich eventuell vorstellen, daß bei der Begründung, warum Frauen keine Saaldiener sein können, die gleichen Argumente wie bei dem Argument von Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielen, daß nämlich eine Ständesbeamtin nicht so würdevoll wie ein Ständesbeamter ist? Das vermute ich nämlich.

(Heiterkeit — Beifall bei den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Pfeffermann [CDU/CSU]) Frau Rönch (CDU/CSU): Ich persönlich kann es mir nicht vorstellen. Ich hatte nämlich vorhin deutlich zu machen versucht, daß ich mir einen Ständesbeamten durch aus nicht unbedingt im Nadelstreifenanzug vorstellen muß. Ich kann mir auch ein gedecktes Kostüm einer Ständesbeamtin gut vorstellen.

(Zuruf von der SPD) — Ja, für mich gehört bei entsprechenden Amtshandlungen auch die entsprechende Kleidung dazu. Das mag bei Ihnen anders sein.

(Pfeffermann [CDU/CSU]: Auch im Bundestag! Sehr wahr!)

— Ich sehe das auch im Bundestag so. Falls Sie sich da den GRÜNEN schon zu sehr angepaßt haben sollten, meine Damen von der SPD-Fraktion, wäre das Ihr Problem.

(Frau Dr. Däubler-Gmelin [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Einige Daten zur Frauenerwerbstätigkeit



Von den rund 26 Millionen Erwerbstätigen sind gut 10 Millionen Frauen (= 38 Prozent). Sie teilen sich wie folgt auf:

	Millionen	Prozentanteil Frauen an den Gesamtbeschäftigten des Bereichs:
Land- und Forstwirtschaft	0,65	49%
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau)	2,60	28%
Bauwirtschaft	0,17	9%
Handel	1,80	57%
Verkehr/Nachrichten	0,33	21%
Kreditinstitute/Versicherungen	0,44	49%
Dienstleistungen, soweit nicht anders genannt	2,94	62%
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	0,36	66%
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	0,83	30%

Von den erwerbstätigen Frauen sind:

0,4 Millionen Beamtinnen
0,5 Millionen Selbständige
0,7 Millionen mithelfende Familienangehörige
5,4 Millionen Angestellte
3,1 Millionen Arbeiterinnen

Hoffmanns Erben

Die Umtriebe der Wehrsportgruppe Jürgens

Die Lüneburger Heide wird immer mehr zum Tummelplatz alter und neuer Nazis, faschistischer Organisationen und Banden. Eine dieser Banden ist die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel“ (Teno oder NÜB). Hinter diesem auf den ersten Blick recht unverfänglichen Namen verbirgt sich eine der größten neonazistischen Wehrsportgruppen, die es zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland gibt, eine Wehrsportgruppe, die in mancher Hinsicht die Nachfolge der berühmten Wehrsportgruppe Hoffmann angetreten hat. Sie steht unter der Leitung des Arztes Uwe Jürgens aus Bergen und ist deshalb auch unter dem Namen Wehrsportgruppe Jürgens bekannt.

Jürgens wohnt seit 1976 in Bergen und hat sich in dem kleinen Dorf Suroide unmittelbar neben dem Truppenübungsplatz Munster-Süd ein rd. 20000 Quadratmeter großes Waldgrundstück gekauft, auf dem immer wieder Wehrsportübungen stattgefunden haben. Im Frühjahr 1982 pachtete Jürgens außerdem von dem ehemaligen Springreiter

neonazistischen Organisationen — von der NPD bis zu solchen Gruppen wie der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“. In der Wehrsportgruppe Jürgens tummeln sich zahlreiche Mitglieder der verbotenen ANS/NA, und sie unterhält enge Kontakte zu prominenten Angehörigen der bundesdeutschen Neonazi-Szene.

blieben zum Glück jedoch unverletzt.

Ende März 1984 wurden Mitglieder der Wehrsportgruppe Jürgens bei paramilitärischen Übungen auf dem Truppenübungsplatz Hannover-Bothfeld beobachtet. Sie benutzten dabei zwei Mercedes-Unimogs, zwei VW-Kübelwagen und ein Krad — alle olivgrün angestrichen. Der Truppenübungsplatz Hannover Bothfeld scheint es der Wehrsportgruppe im übrigen angetan zu haben. Schon 1980 nämlich stellten Feldjäger vier ihrer Mitglieder bei einer Übung auf dem Truppenübungsplatz und beschlagnahmten dabei eine Gaspistole und ein Plakat mit der Aufschrift „Nur Hitler“.

Immer wieder beobachten Nachbarn, daß Fahrzeuge der Wehrsportgruppe mit Bremer, Oldenburger und Hamburger Kennzeichen mit uniformierten Jugendlichen

te. Irgendwelche Maßnahmen gegen den Naziaufmarsch wurden jedoch nicht ergriffen.

Verbindungen zur NPD...

Die „Nothilfstechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel“ ist am 9. September 1978 gegründet worden. Die sieben Gründungsmitglieder konnten alle schon auf einschlägige Erfahrungen zurückgreifen, fünf von ihnen gehörten oder gehören rechtsextremistischen Organisationen an. Schriftführer Eckehard Knoop beispielsweise war bis zum Februar 1978 Kreisvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Celle, danach wird er stellvertretender NPD-Kreisvorsitzender. Überhaupt sind die Verbindungen zur NPD auffällig. Mindestens zwei weitere Gründungsmitglieder kommen aus der NPD bzw. deren Umkreis.

Blatt. Schon vor seinem Umzug nach Bergen und vor Gründung der Wehrsportgruppe hat er sich in seinem damaligen Wohnort Berkenhain bei Lüneburg in neonazistischer Weise betätigt. Dabei knüpfte er auch Verbindungen zu dem damaligen Gauführer Nordmark der Wiking-Jugend und NPD-Kreisvorsitzenden von Rendsburg, Uwe Rohwer, an. Genau wie Jürgens verlagerte auch Rohwer Mitte der 70er Jahre seine Aktivitäten nach Niedersachsen. Im November 1977 gründete er gemeinsam mit mehreren anderen Neonazis aus der Wiking-Jugend und der ANS/NA eine „Werwolf-Untergrundorganisation“. Dabei handelte es sich um eine terroristische Vereinigung, die in der Zeit von November 1977 bis Februar 1978 insgesamt sieben Überfälle auf Banken, eine Gaststätte, auf Soldaten und ein Munitionsdepot verübte. Dabei sollten Waffen und Geld beschafft werden. Rohwer wurde verhaftet und im September 1979 in Bückeburg als militärischer Kopf einer rechtsextremistischen Vereinigung zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Im Prozeß gegen Rohwer sprach der Mitangeklagte Lutz Wegener von „gleichen Zielen und Methoden“ der Herren Rohwer und Jürgens. Jürgens mußte in dem Prozeß als Zeuge aussagen, weil er und der spätere 2. Vorsitzende der Teno Werner Bosselmann mit Rohwer und anderen Angeklagten nach Wilhelmshaven gefahren war, um Schlauchboote von der Bundeswehr zu kaufen. Wegen seiner ausweichenden Antworten ordnete das Gericht gegen Jürgens ein Ordnungsgeld und Beugehaft an.

Neonazis hatten bereits 1976 den Jugendzentrums Keller in Lüneburg überfallen.

Lembke war der Mann, von dem das bayerische Landeskriminalamt annahm, daß er den Sprengstoff für die Oktoberfestattentäter geliefert hat. Lembke hatte bekanntlich in seinem Revier 31 Waffendepots angelegt. Diese größte bisher entdeckte faschistische Waffensammlung bestand unter anderem aus 50 Panzerfausten, 258 Handgranaten, 15 Schußwaffen, 13520 Schuß Munition, 156 Kilo Sprengstoff, 2005 Sprengkapseln und fünf Kilo chemischen Kampfstoffen. Lembkes Rolle als Waffenlieferant und Instrukteur für die Handhabung von Sprengstoffen war von Mitgliedern der terroristischen „Deutschen Aktionsgruppen“ um Manfred Roeder im Zuge von Vernehmungen nach dem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest enthüllt worden.

Es erscheint natürlich kaum glaublich, daß Lembke die Waffendepots alleine angelegt hat. Nicht nur das bayerische Landeskriminalamt, auch die Staatsanwaltschaft Lüneburg und sogar der niedersächsische Ministerpräsident hatten in der ersten Aufregung nach der Entdeckung der Depots öffentlich zugegeben, daß hier eine organisierte terroristische Gruppe von Neonazis am Werk gewesen sein mußte.

Inzwischen hört man es anders, und richtig aufklären lassen sich die Zusammenhänge zwischen dem Anschlag auf das Oktoberfest in München, Heinz Lembke, der Wehrsportgruppe Jürgens und anderen Kreisen wohl auch nicht mehr.

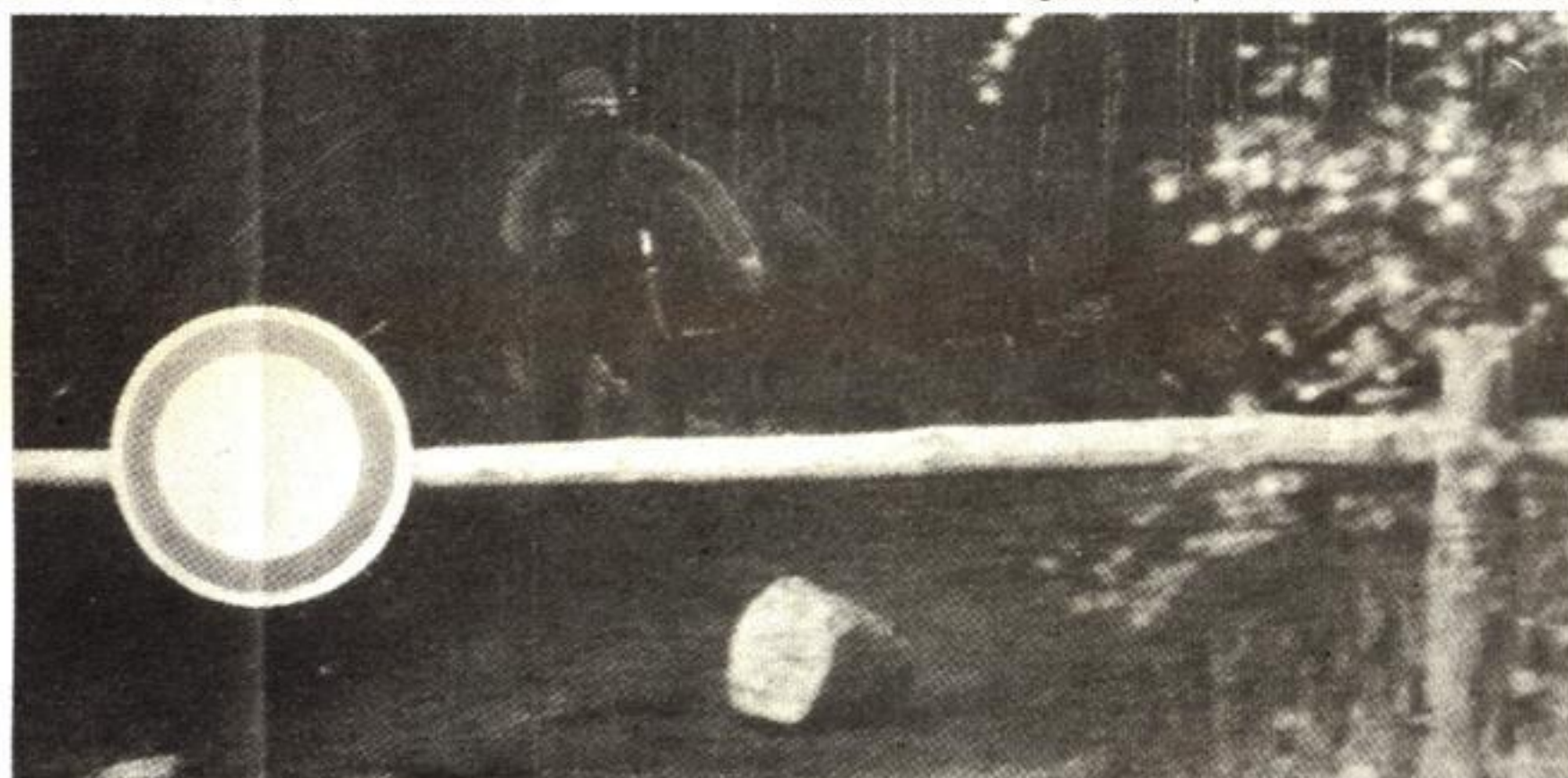
Denn Lembke ist tot. Einen Tag nachdem er erklärt hatte, er sei bereit gegenüber der Bundesanwaltschaft weitere Angaben zu machen, verübte er in seiner Zelle auf mysteriöse Art und Weise Selbstmord. Zufall?

Wie gesagt, man sollte meinen, daß es genügend Fakten und Beweise dafür gibt, die Wehrsportgruppe als kriminelle Vereinigung zu verbieten und ihre Mitglieder zu verhaften. Geschehen ist bis jetzt jedoch nichts. Im Gegenteil. Die Landesregierung Niedersachsen bemüht sich, die Aktivitäten Jürgens und seiner Kumpane herunterzuspielen. Man muß aber auch darauf hinweisen, daß ein Verbot der Wehrsportgruppe Jürgens allein, so wichtig es ist, nicht ausreicht, um den faschistischen Sumpf trocken zu legen. Dazu müssen alle faschistischen Organisationen verboten werden und in allererster Linie die NPD, die als legale Partei den rechten Terrorgruppen als feste Stütze dient.

und zu den Oktoberfestattentätern

Es ist inzwischen ziemlich zweifelsfrei erwiesen, daß die Wehrsportgruppe Jürgens auch mit dem verbrecherischen Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest im September 1980 in Verbindung gebracht werden muß. Und zwar über die Person des seit 1961 aktiven rechtsextremistischen Forstwirtschaftsmeisters Heinz Lembke. Heinz Lembke war nicht nur Patient des Arztes Uwe Jürgens, sondern dieser war, wie die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtete, „Heinz Lembke, der in der Lüneburger Heide zahlreiche Waffen vergraben hatte, persönlich verbunden“.

Heinrich Hellmann, ein anderes Gründungsmitglied von Jürgens Wehrsportgruppe, ist ein weiterer Freund Lembkes gewesen. Hellmann, Lembke und andere



Bewaffneter Neonazi bedroht Fotografen

Hermann Schridde in Meißendorf einen heruntergekommenen Bauernhof sozusagen als Großgarage für den Fuhrpark der Wehrsportgruppe. Und dieser Fuhrpark ist gar nicht so klein. Es sind insgesamt 17 Fahrzeuge, darunter vier fabrikneue Suzuki-Jeeps. Der Rest stammt von der Bundeswehr.

Es läßt sich leider nicht genau feststellen, wieviele Mitglieder die Wehrsportgruppe Jürgens hat, denn über den kleinen Kreis der eingetragenen Mitglieder hinaus gibt es nach Jürgens eigenen Angaben außerdem „aktive Staffellangehörige, die einfach so mitmachen“ und „unterstützende Mitglieder“. Insgesamt dürften es aber wohl kaum weniger als 150 Personen sein, die man zum näheren Umkreis der Wehrsportgruppe zählen muß.

Die Wehrsportgruppe Jürgens ist keine Organisation von nur örtlicher oder regionaler Bedeutung. Ihre Mitglieder und Aktivisten sind über die ganze Bundesrepublik verteilt und es gibt enge Verflechtungen mit anderen faschistischen und

Es ist deshalb schon mehr als unverfroren, wenn der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff (CDU) auf eine Anfrage der Grünen im niedersächsischen Landtag lediglich erklärte:

„Aktivitäten der NÜB vor ihrer Gründung 1978 sind ebenso wenig bekannt geworden wie eine Zunahme ihrer Aktivitäten nach 1978“.

Die Wahrheit ist aber, daß die Wehrsportgruppe Jürgens in den Jahren seit ihrer Gründung immer wieder militärische Übungen abgehalten hat — beispielsweise zuletzt am 27. Oktober 1984 in Suroide. An dieser Übung beteiligten sich rund 15 Personen, darunter mindestens vier stadtbekannte Mitglieder der ANS/NA aus Hannover. Die Akteure trugen gefleckte Tarnjacken, Bundeswehr-Kampfhosen und hielten unter anderem Schießübungen mit Luftgewehren ab. Antifaschisten, die die Übung beobachteten, wurden von verummumten Wachtposten am Betreten des Geländes gehindert. Zwei Fotografen wurden mit Leuchtkugeln beschossen,

zum Übungsgelände nach Suroide oder nach Meißendorf fahren. Dort angekommen, schrauben sie in der Regel die amtlichen Kennzeichen ihrer Fahrzeuge ab, um unerkannt zu bleiben. Nachbarn beobachten auch häufiger Gruppen uniformierter Jugendlicher, die am Rand des Truppenübungsplatzes Munster Marschübungen abhalten. Auch befreundeten Organisationen wie etwa der Wiking-Jugend ist das Gelände in Suroide schon zur Verfügung gestellt worden.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur noch eine Aktion der Wehrsportgruppe vom August 1984, die bundesweite Aufmerksamkeit erregt hat. Vom 31. Juli bis zum 3. August 1984 unternahmen 15 Mitglieder der Wehrsportgruppe — alle uniformiert mit kurzen schwarzen Hosen und schwarzen Hemden — in sieben Fahrzeugen im Konvoi eine sogenannte Deutschlandfahrt zum Bodensee. Die Kolonne wurde dreimal von der Polizei überprüft, die dabei auch mehrere führende Mitglieder der verbotenen ANS/NA registrieren konn-

Der NPD-Kreistagsabgeordnete in Soltau-Fallingb., Klaus Dieter Hoffmann, der außerdem noch Gauführer der Wiking-Jugend ist, ist ein enger Freund von Jürgens. Hoffmann hat mehrmals das Teno-Gelände in Suroide benutzt und Jürgens stellte ihm häufiger geländegängige Fahrzeuge zur Verfügung.

Jürgens Rechtsanwalt Hans Nebelsieck ist Mitglied einer „Freien Wählergemeinschaft“ und sitzt für diese im Celler Kreistag. Die NPD hatte in Celle zugunsten der Freien Wählergemeinschaft auf eine eigene Kandidatur verzichtet.

Es ist wohl auch kaum ein Zufall, daß sich die Wehrsportgruppe in einer Gegend angesiedelt hat, die in Niedersachsen zu den Hochburgen der NPD gehört. So sitzt im Gemeinderat von Meißendorf ebenfalls ein NPD-Abgeordneter. Das gleiche gilt für Hermannsburg, einen Ort in dem die Wehrsportgruppe auf dem Grundstück eines gewissen Herrn von Bothmer einen weiteren Abstellplatz für ihre Fahrzeuge hat.

Jürgens selbst ist ebenfalls kein unbeschriebenes

Anzeige

Der nebenstehende Artikel beruht auf Informationen der Broschüre „Schulung an technischem Gerät“ — Die Umtriebe der Wehrsportgruppe Jürgens.

Die Broschüre ist von der Antifaschistischen Initiative Hannover herausgegeben worden, hat 16 Seiten und kostet 2,— DM zuzüglich Porto.

Versand über: Antifaschistische Initiative Hannover c/o Pavillon Lister Melle 4, 3000 Hannover 1



Unser Foto zeigt zwei der in Nicaragua bekanntesten FSLN-Aktivistinnen. Links Leticia (Vicky) Herrera. Sie war Mitglied eines FSLN-Kommandos, das im Dezember 1974 das Haus des Somoza-Freundes José Castillo besetzte, die Bewohner und Gäste als Geiseln nahm und nach erfolgreicher Freipressung einer Anzahl politischer Gefangener noch freies Geleit ins Ausland erkämpfte. Leticia Herrera arbeitet als „Commandante“ heute im Nationalen Sekretariat der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS).

Dora Maria Téllez (rechts), die heute im politischen Sekretariat der FSLN von Managua arbeitet, war bei der weltweit aufsehenerregenden Besetzung des Nationalpalastes von Managua dabei, als 1978 mit dieser Aktion nicht nur 50 wichtige Gefangene von Somoza freigegeben wurden, sondern mit dieser Aktion auch die letzte entscheidende Offensive im militärischen Kampf eingeleitet wurde.

Diese beiden Frauen, diese beiden „Commandantes“ stehen aber nur beispielhaft für die tausenden unbekannten, mutigen Frauen, die entscheidenden Anteil am Sieg der nicaraguanischen Revolution haben, die heute noch aktiv für die Ziele der nicaraguanischen Revolution eintreten. Ihr großer Verband ist die Organisation AMNLAE.

„AMNLAE? - Das sind doch wir alle!“

Als ein westdeutscher Journalist eine Aktivistin des nicaraguanischen Frauenverbandes fragt, welche Frauen sich im Verband AMNLAE organisieren würden, erhielt er die klare Antwort: „AMNLAE? Das sind doch wir alle, alle Frauen Nicaraguas!“ Diese Antwort macht etwas vom Anspruch des nicaraguanischen Frauenverbandes deutlich, der sich weitreichende umfassende Aufgaben gestellt hat und ein breites Tätigkeitsfeld entwickelt hat.

Vorläufer von AMNLAE war die oppositionelle Frauenorganisation AMPRONAC, (Vereinigung der Frauen angesichts der nationalen Problematik) die sich noch unter Somoza gebildet hatte. Sie beschloß mehrheitlich den Kampf der Befreiungsfront FSLN zu unterstützen. Die Frauen beteiligten sich aktiv am bewaffneten Kampf, sowohl an der Front als auch durch die Organisation des Nachrichtenwesens, der Versorgung und des Gesundheitswesens. In dieser Zeit gelang es auch, viele Frauen vom Lande in die Bewegung mit einzubeziehen, überall wurden örtliche Frauen-Komitees gebildet.

Seit dem Krieg, beziehungsweise nach der Revolution heißt die Organisation nach der ersten Frau, die als Guerillakämpferin gefallen ist: „Vereinigung Nicaraguanischer Frauen Luisa Amanda Espinosa“ (Asociación de Mujeres Nicaraguenses Luisa Amanda Espinosa =

AMNLAE). Der Aufbau des Landes steht im Mittelpunkt der Aktivitäten von AMNLAE. Das brennendste Problem stellt die Arbeitslosigkeit unter den Frauen dar. Die ersten Projekte waren Schnellkurse für ein Mindestmaß an Qualifikation, Kurse für Näherinnen und Mitarbeiterinnen für Kindertagesstätten, die Mithilfe bei der Alphabetisierungskampagne war wichtig. Zwar ist durch die Teilnahme vieler Frauen am Befreiungskampf der Emanzipationsprozeß beschleunigt worden, doch ist die Eingliederung in den Produktionsprozeß immer noch ungenügend nach Ansicht des Verbandes. Ein großes Problem für die nicaraguanischen Frauen stellt auch der traditionelle männliche Chauvinismus, der *Machismo* dar. Diese in Lateinamerika besonders starke rückständige Erscheinung und die verschiedenen durch die katholische Kirche und ihren starken Einfluß geprägten Traditionen belasten weiterhin die Frauen, hindern auch an offensiven Kampagnen zur Aufklärung über Geburtenkontrolle und Abtreibung.

Nichtsdestoweniger hat sich der starke Einfluß der Frauen auf die Politik der sandinistischen Front in bemerkenswerten Erfolgen gezeigt. In einem der ersten Gesetze der revolutionären Regierung Nicaraguas wurde schon im August 1979, ein Monat nach der Revolution die bedingungslose Gleich-

heit aller Bürgerinnen und Bürger erklärt und dementsprechend gleicher Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Schon einen Tag nach der Revolution wurden in Nicaragua die Prostitution und der Mißbrauch des weiblichen Körpers für Werbe- und Propagandazwecke verboten. Die Organisation AMNLAE war, bevor das Parlament im vergangenen Jahr gewählt wurde, im Nationalrat vertreten, wo sie immer wieder für Gesetze eintrat, die die Stellung der Frau verbessern sollen. Viele Initiativen, wie Gesetze zur Unterhaltspflicht der Männer für eheliche und nichteheliche Kinder — ein Novum in Lateinamerika — stammen von AMNLAE. Die hauptsächliche Arbeit an der Basis besteht immer noch in der Organisation und Durchführung von Programmen zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungssituation der Frauen und der Schaffung entsprechender Bedingungen für arbeitende Frauen, wie Kindertages- und Kinderspeisestätten. Bedenkt man die Rückständigkeit der Gesellschaftsordnung Nicaraguas bis zum Juli 1979, der Revolution, und die jahrhundertlange schwere Entrechtung und Unterdrückung der Frau, so sind die Erfolge nach etwas mehr als fünf Jahren enorm. Große Aufgaben, viel Arbeit liegt aber immer noch vor den Frauen der Vereinigung Nicaraguanischer Frauen Luisa Amanda Espinosa, AMNLAE.

Bericht aus einem albanischen Frauenbetrieb

„Das hätten sich unsere Eltern nicht träumen lassen“

Im Jahre 1980 erschien im Verlag Roter Morgen ein umfangreicher Band mit Reportagen aus Albanien. Der RM-Redakteur Detlev Schneider hatte sechs Wochen lang Albanien besucht und die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche und Einrichtungen kennengelernt. Aus der Reportage über ein Textilkombinat in Tirana stammen die folgenden Auszüge. Das Buch — fast 300 Seiten spannende und informative Reportagen — kann zum Preis von nur 12,80 Mark (plus Versandkosten) beim RM-Verlag bestellt werden.

„Wo wir jetzt stehen, war früher ein großes Sumpfgebiet.“ Die Genossin Lule macht eine ausholende Handbewegung. „Bis dort hinten an die Berge hat es gereicht. Die großen Herren haben hier vor den Toren Tiranas ihre Jagden veranstaltet.“ Das ist lange her. Mit den Herren und ihre Jagdpartien ist es aus, und der Sumpf wurde trockengelegt.

Wo früher der Grundbesitzer Toptani und seinesgleichen auf die Pirsch gingen, erstrecken sich heute die flachen Hallen einer Textilfabrik. Und als sichtbares Zeichen für die großen gesellschaftlichen Umwälzungen, des Sieges über die alten Herren, steht vor dem Tor ein Denkmal Josef Stalins. Das Werk trägt seinen Namen. Es ist übrigens die erste Textilfabrik, die überhaupt in Albanien errichtet wurde.

„Heute“, sagt die Arbeiterin Lule, „wird der Bedarf an Textilien völlig durch unsere eigene Produktion in diesem und in verschiedenen anderen Werken gedeckt. Ein Teil der Herstellung geht sogar ins Ausland, wobei wir uns von dem Grundsatz leiten lassen: zuerst werden die Bedürfnisse der Massen befriedigt und dann kommt der Export.“ Unser Rundgang durch das Fabrikgelände gleicht teilweise dem Spaziergang durch einen Garten. Überall sind großzügige Blumenrabatten angelegt, die jetzt in voller Blüte stehen. Mitten in die Beete sind Sitzbänke für die Erholung in den Pausen gestellt. Die Hallen selbst sind hell und geräumig. In langen Reihen stehen die automatischen Webstühle. Ihr rhythmisches Klappern jedoch verursacht einen wahren Höllenlärm.

Die Arbeiterinnen vom Textilkombinat sind durchaus nicht der Meinung, daß eine solche Lärmkulisse sozusagen eine normale Begleiterscheinung der Produktion ist. „Wir haben schon seit langer Zeit Anstrengungen unternommen, um dieses Problem zu lösen“, sagt mir eine junge Arbeiterin. „Der ganze Betrieb, Arbeiterinnen, Ingenieure und Verwaltung, war dabei eingespannt. Gerade jetzt haben wir die Entwicklung einer grundlegenden Verbesserung der Maschinen abgeschlossen. Künftig werden sie pneumatisch betrieben und dadurch wesentlich weniger Lärm machen.“ Einige Tage nach meinem Besuch im Kombinat hatte ich die Gelegenheit, in der Industriearstellung „Albanien heute“ den ersten pneumatischen Webstuhl zu sehen. Es wird

nun nicht mehr lange dauern, bis alle Maschinen im Textilkombinat umgerüstet sind.

78 Prozent der Belegschaft des Stalin-Kombinats sind Frauen. Das ist — auch auf unsere Verhältnisse übertragen — für einen Betrieb der Textilindustrie durchaus nichts Ungewöhnliches. Nur, bei uns wird bekanntlich auch in den sogenannten Frauenbetrieben das weibliche Element immer schwächer, je höher die betriebliche Stufenleiter steigt, bis man dann in den Chefetagen ausschließlich Männer vorfindet.

80 Prozent der Kader sind Frauen

Im „Chefzimmer“ des Stalin-Kombinats dagegen empfängt uns eine Frau, die Genossin Eva Budina, Direktorin des Werks und seit vielen Jahren auch Abgeordnete der Volksversammlung, des albanischen Parlaments. Auch die anderen leitenden Kader, die sich hier versammelt haben, um meine Fragen zu beantworten, sind — mit einer Ausnahme — Frauen. Die Ausnahme ist der Sekretär des Parteikomitees, ein ehemaliger Dreher aus dem Enver-Werk. Aber auch er ist im Komitee „in der Minderheit“, dort dominieren ebenfalls, mit neun zu zwei, die Frauen. Und ähnlich ist es auch in den anderen Bereichen des Werkes.

Genossin Lida, die Leiterin der Gewerkschaftsorganisation, sagt: „80 Prozent der führenden Kader im Werk sind Frauen. Das ist sogar noch etwas mehr als der weibliche Anteil an der Gesamtbelegschaft ausmacht.“ Frauen in leitenden Funktionen, das ist im heutigen Albanien eine Selbstverständlichkeit. Die Genossinnen vom Stalin-Kombinat verschweigen jedoch nicht, daß es so selbstverständlich wie heute nicht immer gewesen ist. Gerade sie hatten gegen vielerlei Widerstände zu kämpfen, gerade ihr Werk war ein Brennpunkt des zähen Ringens um die vollständige Befreiung der Frau.

Die Genossin Eva erzählte über ihre Familie: „Mein Großvater war in der Vergangenheit ein Diener bei den reichen Leuten. Weder er noch meine Eltern hätten sich träumen lassen, daß ich jemals die häuslichen vier Wände verlassen würde, geschweige denn, daß ich eine Ausbildung als Ingenieur machen und schließlich Leiterin einer Fabrik werden könnte. So etwas lag völlig außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Sie hätten von ei-

ner solchen Zukunft ihrer Tochter nicht einmal zu träumen gewagt.“

„Der Mann ist berechtigt, die Frau zu prügeln“

Um die Situation der albanischen Frauen vor der Befreiung zu verstehen, genügt es vielleicht, das von einem Pater geschriebene Gesetz „Leke Dukagjini“ anzuführen, das über Jahrhunderte in der rückständigen Gesellschaft des Landes Gültigkeit hatte. Darin heißt es etwa: „Der Mann ist berechtigt, die Frau zu prügeln und zu fesseln, wenn sie seinem Wort und seinem Befehl nicht gehorcht.“

So glich die Stellung der albanischen Frau in vielem dem, was man heute noch beispielsweise in den ländlichen Gebieten der Türkei vorfindet. Auf ihr lastete nicht nur die schwere Last der Ausbeutung durch die Grundherren und Kapitalisten. Sie war auch gegenüber dem Mann völlig rechtlos. Sie mußte von ihm wie eine Ware gekauft werden, wobei es oft so war, daß dieses Geschäft zwischen den Familien der Braut und des Bräutigams von professionellen Heiratsvermittlern abgewickelt wurde. Die Braut selbst wurde nicht gefragt, ob ihr denn der zukünftige Mann auch zusagte, ja, oft genug kannte sie ihn nicht einmal.

Aus solchen elenden und drückenden Verhältnissen heraus hat sich die albanische Frau an der Seite des Mannes im Nationalen Befreiungskrieg gegen die faschistischen Besatzer und die einheimischen Ausbeuter erhoben. 6000 Frauen und Mädchen kämpften mit der Waffe in der Hand in den Reihen der Partisanen. Hunderttausende andere bildeten das sichere Hinterland, indem sie die Versorgung der Freiheitskämpfer organisierten.

Es liegt auf der Hand, daß die Beteiligung der Frau an der Befreiung Albaniens eine tiefe Umwälzung der alten Sitten und Gewohnheiten einleitete. Aber das war erst ein Anfang. Man kann nicht sagen, daß die Frau als völlig gleichberechtigte Partnerin des Mannes in die neue sozialistische Gesellschaft eingetreten wäre. Gewiß, mit dem Sieg des Volkes, mit der Errichtung der Volksmacht waren die wesentlichen Bedingungen für die Befreiung der Frau geschaffen. Und an die Stelle des „Leke Dukagjini“ traten nun Gesetze, in denen die Gleichstellung von Mann und Frau festgelegt wurde. Aber das war eben nur die eine Seite. Die andere Seite, das waren die alten Vorstellungen über die untergeordnete Rolle der Frau, die auch nach der Befreiung noch fortwirkten. Und die konnte man nicht einfach per Gesetz verbieten. Man mußte sie im ideologischen Kampf, in einer langwierigen geduldigen Überzeugungsarbeit überwinden.

In Ronald Reagans Wahlkampf waren wichtigste innenpolitische Themen die Wiedereinführung des obligatorischen Schulgebets und das Thema Abtreibung. Die Abtreibung ist in den USA nach einem Spruch des Verfassungsgerichts seit 1973 in den ersten sechs Monaten einer Schwangerschaft straffrei. Die konservativen, reaktionären Kräfte laufen dagegen Sturm. Die us-amerikanische, revolutionäre Zeitung „Labor's Champion“, schreibt dazu in ihrer Februar Ausgabe 1985:

Warum legen Faschisten Bomben in Abtreibungskliniken?

Die Faschisten unternehmen gewalttätige Angriffe auf Abtreibungs- und Familienplanungskliniken. Fast 30 solcher Kliniken wurden im letzten Jahr zerbombt oder in Brand gesteckt. Diese Attacken sind ein Teil der sogenannten „Recht auf Leben“ Kampagne, die vom rechten Flügel der herrschenden Klasse organisiert wird, um die faschistischen Kräfte aufzubauen.

Die Bombenanschläge sind keine individuellen Akte. Öffentliche Versammlungen sind organisiert worden, wo die Methoden solcher Attacken offen diskutiert wurden. Verschiedene der öffentlichen Sprecher der „Bewegung“ haben offen ihre Unterstützung für diese Überfälle bekundet. Der reaktionäre Publizist William F. Buckley beispielsweise schrieb, daß diejenigen, die Bomben legen, heute zwar als Extremisten betrachtet werden würden, aber die Geschichte werde sie als heroische Kämpfer für eine gerechte Sache würdigen.

Eine Bewegung für den Tod

Die Anti-Abtreibungsbewegung hat nichts mit einer Bewegung für das Leben zu tun. Die wahren Ziele der Führer dieser Bewegung sind es, die Ketten der Unterdrückung der Frau zu verstärken und eine faschistische Bewegung aufzubauen.

Jesse Helms, Phyllis Schlafly und andere Führer der Bewegung, die so eindringlich behaupten, es gehe um die Rechte des ungeborenen Lebens, führen zugleich auch den Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse, kämpfen darum, die Arbeiter in tiefste Not zu stürzen. Sie sind gegen jede Maßnahme, die die Last arbeitender Mütter verringern würde. Sie fordern gar, daß arme Frauen sterilisiert werden sollten, bevor sie Unterstützung der Regierung erhalten. Sie versuchen die Beratung über Geburtenkontrolle junger Mädchen zu illegalisieren und entfachen zur selben Zeit eine heuchlerische Moral, diese Mädchen sollten ihre Kinder zur Adoption frei geben als Gegenleistung für „Unterstützung und Beratung“. Viele solcher Kinder werden heute schon für Tausende von Dollars verkauft.

Helms, Schlafly und die anderen sind Führer solcher Organisationen wie dem Amerikanischen Sicherheitsrat und der Antikommunistischen Weltliga, die dabei mitgewirkt haben in El Salvador und Guatemala die berüchtigten Todesschwadronen zu organisieren. Sie organisierten einst die Solidaritätskampagne mit Leutnant

Calley, dem Schlächter der Zivilisten in Vietnam.

Ihre „Für das Leben“ Parolen sollen einzig die wahre Natur ihrer blutdürstigen Ideologie verdecken und breite Massen täuschen. Aus all diesen Gründen ist die Anti-Abtreibungsbewegung eine der wichtigsten Fronten geworden, an denen es heute faschistische Aktivitäten gibt. Bombenangriffe, Brandstiftung, Entführungen: Das ist immer auch Training für den Aufbau paramilitärischer faschistischer Banden, damit sollen die an der Bewegung mitarbeitenden Menschen dazu gebracht werden, faschistische Gewalt zu akzeptieren und zu unterstützen.

Die Regierung steht dahinter

Die Anti-Abtreibungsbewegung hängt von der Unterstützung und Führung durch die faschistischen Kräfte in der US-Regierung ab. Während Ronald Reagan, Jesse Helms und andere Spitzenvertreter Massen für die Bewegung mobilisieren, werden die Angriffe von Banden durchgeführt, die vor allem von Polizeioffizieren, Militärs und FBI-Agenten geführt werden. Diese Banden haben, wie der Ku Klux Klan und die Nazis jahrelang militärische Trainingslager für „christliche Patrioten“ durchgeführt. Die Regierung wird die Verbrechen dieser Banden nicht stoppen. Zwar haben die Behörden nach starken Protesten einige Individuen festgenommen, aber das FBI hat es abgelehnt zu ermitteln, da sich kein Anhaltspunkt für eine „bundesstaatenübergreifende Konspiration“ ergeben würden. Das „Federal Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms“ untersucht angeblich die Bombenattentate, aber es wird sicher die Täter nicht ernsthaft verfolgen. Denn neben dem FBI ist dieses FBATF einer der Hauptorganisatoren faschistischer Banden. Dieses FBATF war es, das das Ku-Klux-Klan-Massaker in Greensboro North Carolina dirigierte, dem fünf Menschen zum Opfer fielen. Das FBATF steuert die Warnung aus, daß weitere Attentate bevorstünden. Da solche Warnungen von einer Behörde kommen, die direkt mit diesen Banden verbunden ist, haben sie dieselbe Qualität wie die Warnungen der Polizei an die Afroamerikaner, sie sollten aufhören für gleiche Rechte zu kämpfen, da ansonsten weitere Lynchjustiz zu befürchten sei.

Die Bombenattentate sind eine Warnung an alle: Die Faschisten vervielfachen ihre Gewalt — bewaffnet euch und organisiert die Selbstverteidigung!

Trotz einseitiger Vorleistungen Nicaraguas

Die US-Bedrohung bleibt

Die mehrfach von Ronald Reagan und Außenminister Shultz geäußerten Drohungen, die Regierung Nicaraguas zu stürzen, die Contras massiv im Kampf gegen die gewählte Regierung in Managua zu unterstützen bleiben eine akute Gefahr für das kleine mittelamerikanische Land. Selbst einseitige Vorleistungen und Zugeständnisse der sandinistischen Regierung änderten in der vergangenen Woche die Haltung der US-Imperialisten nicht.

Staatspräsident Daniel Ortega hatte in der letzten Woche bekanntgegeben, daß Nicaragua die hundert im Land lebenden kubanischen Militärberater nach Hause schicken wolle, und angekündigt, vorerst auf den Kauf neuer Waffensysteme für die Verteidigung des Landes gegen die Contra-Truppen zu verzichten. Diese Vorleistungen Nicaraguas waren immer wieder gefordert worden, sowohl von den mittelamerikanischen Staaten der „Contadora“-Gruppe als auch von den USA.

Jetzt reichen sie plötzlich wieder nicht aus. Der einzige Erfolg dieser Leistungen war ein kurzer Gesprächstermin, den Ortega in Montevideo bei der Amtseinführung des neuen uruguayischen Präsidenten mit US-Außenminister Shultz erhielt. Aber die Regierung der USA hatte die nicaraguanischen Vorleistungen sofort „definitiv“ als „unwesentlich“ bezeichnet, eine Änderung ihrer bedrohlichen Haltung, ihrer aggressiven Pläne ist nicht absehbar.

Während die USA weiterhin von 9000 bis 10000 Kubanern in Nicaragua erzahlen, wovon 2000 bis 3000 Militärberater sein sollen, gab die Bonner Botschaft Ende der vergangenen Woche folgende Zahlen bekannt. Danach befinden sich „etwas mehr als 1300“ Kubaner in Nicaragua, darunter seien 600 Ärzte und noch 400 der früher über 1000 Lehrer.

Das Gespräch in Montevideo zwischen Shultz und Ortega brachte denn auch nicht viel. Beide Seiten bestätigten, daß lediglich bekannte Positionen bekräftigt worden seien. Die Hetzkampagne in den USA geht derweil unvermindert weiter. Ronald Reagan bestätigte erneut, das politische Ziel der US-Regierung, die nicaraguanische Regierung zu stürzen. Die reaktionären Rebellen müsse man „mit mehr als schönen Worten und guten Wünschen“ unterstützen. „Sie sind unsere Brüder, diese Freiheitskämpfer, und wir schulden ihnen Hilfe“, sagte Reagan. Diese Hilfe sollen zunächst einmal 14 Millionen Dollar sein, die der US-Kongreß aber noch bewilligen muß. Um diese Bewilligung zu bekommen, entfachen Reagan und seine Mannschaft diese Kampagne gegen Nicaragua.

Aber diese Kampagne stößt auch auf Protest. Die amerikanische Bischofskonferenz griff die US-Regierung scharf an: „Die Kirche gesteht es keiner Regierung zu, Geld einzusetzen, um Frauen und Kinder zu töten“, erklärte einer der Bischöfe. Und die Bischöfe bezichtigten die Regierung offen der Lüge: „Das Leben in Nicaragua sieht anders aus, als es die Administration darstellt.“

Auch breite Teile der liberalen Bourgeoisie kritisieren die Reagan-Regierung. Die „New York Times“, wie auch

die einflußreiche „Washington Post“ werfen Reagan vor, nicht nur gegen US-Gesetze sondern auch internationale Abmachungen und Verträge zu verstoßen.

Im Rahmen der internationalen Strategie gegen Nicaragua spielt auch die westdeutsche Regierung ihren Part. Ohne ein Wort der Kritik an der aggressiven kriegshetzerischen Politik Ronald Reagans zu formulieren, blockieren sie weiterhin die zugesagte Entwicklungshilfe für Nicaragua. Die Bundesregierung ist mitschuldig an der Situation Nicaraguas, daß sich in bedrohlicher imperialistischer Umklammerung befindet.

ZITATE

„Die Demokraten der westlichen Welt haben gegenüber dem chilenischen Volk und der Regierung eine Dankeschuld für deren Tat von 1973 abzustatten. Dies war nicht nur zum Wohl Chiles selbst, sondern auch des Westens, wichtig für die Stabilität des Teils der Welt, in dem wir leben.“

US-Staatssekretär Motley zum Putsch Pinochets gegen Salvador Allende. Motley auf die Klage von Vertretern der chilenischen Opposition, daß es unter Pinochet keine Pressefreiheit gäbe:

„Es gibt schlimmere Fälle.“

Nach Streikdrohungen in Polen

Preiserhöhungen verschoben

Ein Teilerfolg hat die verbotene polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ zu verzeichnen. Nachdem sie für Ende Februar mit einer 15minütigen Generalstreik-Drohung auf die von der Regierung geplanten Preiserhöhungen reagierte, und sich sogar die offiziell zugelassene Gewerkschaft gegen die Regierungspläne wandte, verschob die Regierung einen Teil dieser Preiserhöhungen aus Angst vor Arbeitskämpfen.

Die Regierung hatte Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und Energieträger zwischen 11 und 70 Prozent angekündigt. Auf den ersten Protest der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ reagierte die polnische Regierung mit Verhaftungen. Eine Sitzung des den Streik vorbereitenden Organisationskomitees wurde von der Polizei beendet, bis auf Lech Walesa wurden alle Teilnehmer der Sitzung verhaftet. Drei von ihnen, die prominenten Oppositionellen Adam Michnik, Bogdan Lis und Wladyslaw Frasyniuk sind noch immer im Gefängnis. Aber der Streikaufruf blieb weiter bestehen. Den Teilerfolg der Regierung beschleunigte dann die Stellungnahme der zugelassenen

Gewerkschaft, die die beabsichtigten Teuerungen als „vom gesellschaftlichen Standpunkt aus zu gefährlich“ charakterisierte. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter der gerade von Jaruzelski neuzugelassenen Gewerkschaft drohten mit ihrem Rücktritt.

So beließ es die Regierung in Warschau zunächst bei Preiserhöhungen für Brot, Getreide, Milch, Käse und Tee. Die anderen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel und für Kohle wurden auf April, bzw. Juni verschoben. So war zwar im Moment der „Dampf raus“ — die Probleme in Polen bestehen aber weiter. Denn der tiefere Grund der regierungsamtlichen Preiserhöhungen sind die wachsenden Auslandsschulden des Staates. Polen

hat im Westen rund 26,8 Milliarden Dollar Schulden, zusätzlich noch 4,8 Milliarden Rubel Schulden bei RGW-Staaten. Polen will nun dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten. Der aber stellt Bedingungen, möchte Sicherheiten für die Rückzahlungen haben. Wie in allen Ländern, die Kredite vom IWF bekommen, ist man in Polen gezwungen, die Bedingungen des IWF zu erfüllen. Was der IWF „marktgerechte“ Wirtschaftspolitik nennt, ist zum Beispiel der strikte Verzicht auf Subventionierung der Preise — hier in Polen der Grundnahrungsmittel. Die Preiserhöhungen, die den arbeitenden Menschen, das Volk treffen, diese Preiserhöhungen sind die ersten großen Zugeständnisse der polnischen Regierung an ihre zukünftigen Kreditgeber vom IWF. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben — die polnische Arbeiterbewegung hat mit dem teilweisen Aufschub der Preiserhöhungen noch keinen entscheidenden Erfolg errungen.

Bhopal und die Profiteure der Union Carbide

Die Manager der Union Carbide, jenes Konzerns, der für die furchterliche Giftgaskatastrophe in Bhopal im indischen Bundesstaat Madhya Pradesh verantwortlich ist, können sich die Hände reiben. Ende Februar legten sie ihre Jahresbilanz vor. Danach ist der Jahresgewinn von 79 Millionen Dollar im Jahre 1983 auf 323 Millionen Dollar im Geschäftsjahr 1984 gestiegen. Traurig sind die Manager nur darüber, daß „ein außergewöhnlicher Verlust von 18 Millionen Dollar“ das Ergebnis beeinträchtigt habe, als Folge des „Unfalls“ von Bhopal.

Diese Supergewinne konnte der Konzern nur realisieren, mit Hilfe der Ausbeutung billigster menschlicher Arbeitskraft in Entwicklungsländern. Das macht sich für die Aktionäre bezahlt. Und da ist schon schnell vergessen was war: 2500 Tote, vergiftet durch die Union Carbide, 200000 erkrankte Menschen, darunter 1200 endgültig erblindete. Und drei Monate nach dem Unfall kommen immer noch Schreckensmeldungen aus Bhopal, Meldungen über „Spätfolgen“ der Profitmacherei des US-Konzerns:

Nach indischen Presseberichten sind in den vergangenen Monaten rund 25 Prozent aller Neugeborenen der Stadt kurz nach der Geburt gestorben. Das sind doppelt so viele wie im Durchschnitt in Indien. 30 Prozent aller Neugeborenen kamen mit Untergewicht zur Welt.

Diese Entwicklung ist auf die Behandlung der Giftopfer mit hochdosierten Medikamenten zurückzuführen.

Die Seen rund um die Stadt sind weiterhin vergiftet. Kühe und Ziegen, die in den letzten Wochen die Absperrungen durchbrachen, starben qualvoll. Nach Angaben der Anwohner ist das Wasser aus Seen und Tümpeln bereits an vielen Stellen ins Grundwasser abgesickert und vergiftet Wasserstellen für Trinkwasser.

Mittlerweile gibt es auch immer mehr Beweise dafür, daß die Gefahr bekannt war, die der indischen Stadt drohte. Nach einem Unfall 1982 erschienen in der indischen Zeitung „Saptahik Report“ Artikel, die ausführlich dokumentierten, auf welchem Pulverfaß die Stadt Bhopal sitzt. Die Artikel vom 17. September, 1. und 8. Oktober 1982 waren überschrieben: „Rettet doch um Gottes willen diese Stadt!“ „Bhopal liegt auf einem Vulkankrater“ und „Wenn ihr's nicht kapiert, werdet ihr liquidiert“. Sechs Unfälle seit Inbetriebnahme der Union Carbide Fabrik in Bhopal — nicht nur kritische Journalisten — vor allem das Management und die Konzernherren wußten Bescheid.

1910 75 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG 1985

Gedenk-Gedanken

Der 8. März ist — heute schwer vorstellbar — eine Erfindung der SPD bzw. der Sozialistischen Internationale. Einer SPD allerdings, die sich noch als Arbeiterpartei verstand und nicht als sogenannte Volkspartei, die Arbeiterinteressen nur insoweit auf ihre Fahnen schreiben mag, wie sie die Existenzberechtigung des Kapitals nicht grundsätzlich in Frage stellen. Die Einführung eines besonderen Frauentages wurde im August 1910 von der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz beschlossen, an der Frauen aus 17 Ländern teilnahmen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten dieses Tages sollte der Kampf für das Frauenwahlrecht stehen. Denn die Tatsache, daß Frauen kein Wahlrecht hatten, war der deutlichste Ausdruck davon, daß die Frauen im deutschen Kaiserreich und in den anderen Ländern der damaligen Zeit Staatsbürger 2. Klasse waren — in gewisser Hinsicht mit den Staatsbürgern 2. Klasse von heute, den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern, durchaus vergleichbar.

Der Internationale Frauentag sollte nicht nur ein Tag der Frauen sein, sondern vor allem ein Tag für Frauenrechte, für die Gleichberechtigung der Frau. Ausdrücklich hieß es im Beschluß der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz: „Im Einvernehmen mit den klassenbewußten proletarischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats veranstalten die sozialistischen Frauen...“ Gemeint war mit diesem „im Einvernehmen“, daß die Herren Sozialisten sich endlich mit dem Vorhaben, einen besonderen Frauentag zu veranstalten und dort insbesondere das Frauenwahlrecht zu fordern, einverstanden erklärt hatten. Gemeint war mit diesem „im Einvernehmen“ aber auch, daß die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften sich — verdammt noch mal — end-

lich aufrufen sollten, den Kampf für die Gleichberechtigung als etwas zu begreifen, das auch die Arbeiterklasse insgesamt angeht und deshalb auch als Kampfaufgabe von den sozialistischen Parteien und von den Gewerkschaften begriffen und angepackt werden muß.

1911 funktionierte das auch in etwa. Allein in Berlin und Umgebung nahmen über 45.000 Menschen — vor allem Frauen — an den Kundgebungen und Demonstrationen zum 8. März teil. Stolz berichtete der SPD-Vorstand in seinem Bericht an den Parteitag von dem „durchweg glänzenden Verlauf“. Tatsächlich war der 8. März 1911 aber nicht nur der erste, sondern zugleich auch schon der letzte Frauentag, der die volle Unterstützung der SPD- und der Gewerkschaftsführung fand. Im darauffolgenden Jahr regte der SPD-Parteivorstand an, den Frauentag „in kleinerem Rahmen“ zu gestalten und 1913 beschloß er, überhaupt keinen Frauentag mehr durchzuführen. Es ist allein dem Einsatz von Sozialistinnen wie Clara Zetkin zu verdanken, daß es überhaupt noch zu Aktivitäten kam.

Die Gegner des Frauentages liefen übrigens ein Jahr später mit fliegenden Fahnen zu den kaiserlichen und kapitalistischen Kriegstreibern über. Die Befürworter des Frauentages und des Frauenwahlrechts dagegen vertraten auch in der Haltung zum imperialistischen Krieg konsequent die Interessen der Arbeiterklasse...

Bleibt noch anzumerken, daß das Frauenwahlrecht nicht irgendwann irgendwie vom Himmel fiel, sondern ein Ergebnis der Novemberrevolution ist. Und es spricht wenig dafür, daß ähnliche grundlegende Fortschritte für die Frauen in Zukunft auf bequemerem Wege zu haben wären.



Korrespondenz aus Dortmund

„Stille Reserve“ meldet sich zu Wort

Rund ein Dutzend Frauen nahmen im letzten Herbst an einem Kurs der VHS „Hausfrau, Mutter und was danach?“ teil. Jüngere und ältere, wortgewandte und schüchterne, bessergestellte und Arbeiterfrauen. Alle hatten Kinder. Alle hatten auch wegen der Kinder ihren Beruf als Verkäuferin, Sekretärin, Bibliothekarin, Friseurin aufgegeben. Meist schon sehr bald nach der Ausbildung. Sie hatten das gern getan und würden es heute, wie sie sagten, noch einmal genauso machen. Aber mittlerweile fühlten sich alle irgendwie unausgefüllt, empfanden sie das Nur-zu-Hause-sein als Sackgasse für sich selbst. Sie wollten wieder arbeiten. Manche hatten schon mal einen Versuch gewagt, Arbeit zu bekommen. Die meisten hatten sich nicht getraut, waren unsicher, ob sie in ihrem Beruf überhaupt noch bestehen könnten, wußten nicht genau, was sie denn anderes tun könnten, hatten auch viele Zweifel, ob sie überhaupt ein Recht hätten, einen Arbeitsplatz für sich zu beanspruchen, wo doch so viele andere vielleicht dringender Arbeit brauchten als sie.

Als sich herausstellte, daß nur

eine von diesen Frauen sich bisher beim Arbeitsamt arbeitssuchend gemeldet hatte, kam die Idee auf, gemeinsam zum Arbeitsamt zu gehen. Einige Frauen waren zunächst skeptisch, meinten, daß das sowieso nichts bringen würde. Dazu kam, daß ihre Männer diese Idee zunächst im höchsten Maße lächerlich fanden. „Auf Dich haben sie da schon lange gewartet“, bekam eine Frau zu hören. Aber eines morgens versammelten sich dann doch alle im Arbeitsamt. Eine Frau war aus Solidarität mitgekommen, alle anderen wollten sich auch arbeitssuchend melden. Auch wenn sie keine Arbeit bekommen sollten — so konnten sie doch auf diese Weise immerhin klarstellen, daß sie einen Arbeitsplatz beanspruchten und dazu beitragen, daß die Statistik der Arbeitslosen ein winziges bißchen realistischer wurde. Auf dem Arbeitsamt selbst herrschte einige Aufregung über diese Gruppe von Frauen, weil sich mit ihnen auch eine Vertreterin der Presse angemeldet hatte. Eine Abteilungsleiterin empfing alle auf dem Flur, wollte wissen, warum sie gleich alle hierherkämen, sie hätten sich doch auch

in der VHS beraten lassen können; antwortete auf die vielfach geäußerten Meinungen, daß es ja wohl für arbeitssuchende Frauen in Dortmund doch keine Arbeit gäbe mit „Seien Sie optimistisch“; bückte konkrete Berufswünsche mit dem Hinweis auf, daß es von heute auf morgen natürlich auch nicht gehe, sondern einige Monate Beratung schon nötig seien.

Wie erwartet, bekamen die Frauen mit einer einzigen Ausnahme keine Angebote. Und auch die einzige Ausnahme entpuppte sich als fauler Zauber. Trotzdem hat sich die Aktion gelohnt. Für die Frauen — weil sie zum ersten Mal gemeinsam mit anderen vor der Gesellschaft ein Recht für sich gefordert haben. Für die Gesellschaft — weil dies ein zugegebenermaßen sehr kleiner, aber konkreter Beitrag zur frauenfeindlichen Politik in diesem Land ist, die Millionen Frauen zu einer „stillen Reserve“ degradiert. Tatsache ist, daß jede zweite bis dritte Hausfrau gerne irgendwie berufstätig wäre. Man stelle sich vor, alle diese Frauen würden sich in ähnlicher Weise beim Arbeitsamt melden...

Gegen Arbeitslosigkeit — für Frieden und Gleichberechtigung unter diesem Motto finden die meisten der uns bekannten Frauenveranstaltungen und Demonstrationen zum diesjährigen 8. März statt. Erfreuliches: in diesem Jahr ist es in verschiedenen

Orten gelungen, über Veranstaltungen der DGB-Frauen hinaus auch Demonstrationen durchzusetzen. Noch erfreulicher: in eini-

gen Orten ist es gelungen die Berührungspunkte zwischen den verschiedenen politischen, gewerkschaftlichen und autonomen

Frauengruppen bzw. Frauenvereinigungen zu überwinden und gemeinsam für die Gleichberechtigung der Frau einzutreten.

Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen Internationaler Frauentag 1985

Osnabrück:

20 Frauengruppen und Verbände von der ASF, CDU-Frauenvereinigung, DFI, DGB-Kreisfrauenausschuß, Frauenböchercafé, Notrufgruppe d. Frauenzentrums, IGM-Frauen, Deutsche Hausfrauengewerkschaft bis zum ÖTV-Kreisfrauenausschuß veranstalten gemeinsam unter dem Motto „Gegen Arbeitslosigkeit — für Frieden und Gleichberechtigung“ eine **Frauenwoche vom 5.3. — 10.3.1985**. Das Programm für den 8.3.:

8.3., 15.00 Uhr Übergabe eines offenen Briefes mit Forderungen Osnabrücker Frauen an den Oberbürgermeister; 16.00 Uhr Straßenaktionen am Nikolaiort; 20.00 Uhr, Frauen verschiedener Länder — Kilschee und Realität, Lagerhalle Diskorama, 20.00 Uhr, Frauenfest, Lagerhalle, großer Saal.

Während der ganzen Woche Ausstellungen in der Lagerhalle zum Thema Ausländerfeindlichkeit — damals und heute und Rationalisierung von Frauenarbeitsplätzen.

München:

„Gegen Arbeitslosigkeit — für Frieden und Gleichberechtigung“. DGB-Demonstration am 8.3., 17.45 Uhr, Odeonplatz. Um 19.00 Uhr Veranstaltung im Schwabinger Bräu mit Info-Markt und Ständen der einzelnen Frauengruppen.

Stuttgart:

8.3., 17.00 Uhr, Frauentag Demonstration

ab Kleiner Schloßplatz, 19.00 Uhr Veranstaltung im Feuerwehrhaus: „Jetzt reicht's, Frauen lassen sich nicht weiter zurückdrängen / Veranstalterinnen sind verschiedene Stuttgarter Frauengruppen.“

9.3. DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20, unter dem Motto „Gegen Arbeitslosigkeit für Gleichberechtigung und Frieden“. Ab 13.00 Uhr Informationsstände, 15.00 Uhr Programm u.a. mit Frankfurter Kabarett Rundschlag, Frauen aus England, Südafrika, Nicaragua — für Kinderbetreuung ist gesorgt.

Duisburg:

9.3., 14.00 Uhr, Veranstaltung DGB-Kreisfrauenausschuß im Jugendforum Bergheim, Am Markt, Duisburg-Rheinhausen — „Neue Technologien — Maschinen wollen sie, Menschen nicht — Frauen zurück an den Herd?“; vormittags Info-Stände in der Innenstadt.

Darmstadt:

9.3., 13.00 Uhr, Frauenspektakel am Luisenplatz, ab 17.00 Uhr Veranstaltung der DGB-Frauen zu aktuellen Frauenfragen, Bessunger „Knabenschule“, ab 19.00 Uhr Kulturprogramm der DGB-Frauengruppe.

Frankfurt:

8.3. — in verschiedenen Betrieben werden durch die Vertrauensleute an alle Kolleginnen Nelken verteilt. 16.30 Uhr, Hauptwache, Beginn der Frauentage-

monstration des Frauenforums. 18.00 Uhr Großes Frauenfest mit Kinderprogramm im DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str., Info-Stände der versch. Frauengruppen — DGB-Kreisfrauenausschuß, Frauenzentrum, DFI, KB-Frauen usw.

Kiel:

8.3., 19.00 Uhr, „Gegen Arbeitslosigkeit — für Frieden und Gleichberechtigung, Veranstaltung des DGB-Kreisverbandes, Legien-Saal im Gewerkschaftshaus.“

Wuppertal:

8.3., 17.30 Uhr, „Gegen Arbeitslosigkeit — für Frieden und Gleichberechtigung, Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses, Johan-Gregor-Breuer-Saal, Auer-Schulstr., Wuppertal-Eilfeld und Beiträge von Kolleginnen der IGM, ÖTV, HBV und IG Chemie.“

Bremen:

8.3., 17.00 Uhr, Demonstration ab Hauptbahnhof, 18.00 Uhr, Kundgebung, 19.30 Uhr Kulturveranstaltung im Bürgerhaus Vahr. Veranstalter: DGB-Kreis Bremen.

Witten:

8.3., 16.00 Uhr, Hans-Böckler-Str. 12, Gewerkschaftshaus, Veranstaltung der DGB-Frauen zum Frauentag; Diskussion und Frauentheater.

Bielefeld:

8.3., 16.00 Uhr, Veranstaltung der VHS und der DGB-Frauen, Eisenhütte, Bielefeld.

Ludwigshafen:

8.3., 15.00 Uhr, Treff International, „Frauentag gemeinsam mit Ausländerinnen, Informationen und Folklore“, 19.00 Uhr Film über das Leben eines türk. Mädchens in der BRD. 8.3., 19.00 Uhr Veranstaltung der DGB-Frauen im DGB-Haus.

Düsseldorf:

8.3., ab 20.00 Uhr, Frauenfest der Düsseldorf-Frauen und -Initiativen, Restaurant Artemis, Blücherstr. 6. 9.3., 12.00 Uhr, DGB-Frauentag Demonstration ab Schadowplatz, 14.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Friedr.-Ebert-Str., Frauen- und Familienfest des DGB-Kreisfrauenausschusses.

Bochum:

8.3., 16.00 Uhr, Treffpunkt Humboldtstr., BDKJ-Haus, 17.00 Uhr, Demonstration durch die Innenstadt, 18.00 Uhr Kundgebung, Dr. Ruer-Platz; es ruft auf das Bochumer Frauen-Bündnis. 19.00 Uhr, Veranstaltungen der DGB-Frauen, Referat — Lieder — Sketche — Kolleginnen berichten — Kulturprogramm.

Dortmund:

8.3., 17.00 Uhr im Dietrich-Keuning-Haus, Veranstaltung der DGB-Frauenausschüsse mit Info-Ständen der Dortmunder Frauengruppen, 9.3. Demonstration gegen die gesellschaftliche Diskriminierung der Frau, 11.00 Uhr vom Reinoldi-Kirchplatz, 14.00 bis 18.00 Uhr: Urhane, Großmutter, Mutter und wir — Workshop der VHS zur Frauen- und Familiengeschichte. Abends: Wir machen uns ein Fest.

Köln:

8.3., 16.00 bis 21.00 Uhr, Veranstaltung im DGB-Haus am Hans-Böckler-Platz — Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen verschiedener DGB-Gewerkschaften zum Thema: „Frauenarbeit heute und in der Zukunft“ — außerdem Kulturprogramm, Infostände, Kinderbetreuung, Filme etc. 9.3., Kölner Frauenbündnis unterstützt von den Frauen des DGB und ÖTV-Kreisfrauenausschusses lädt alle Frauen zu gemeinsamen Aktivitäten ein — 10.00 Uhr Übergabe eines Forderungskataloges der Kölner Frauenbewegung an die Frauen im Rat der Stadt (im Rathaus) — anschl. Demo zur Volkshochschule am Neumarkt — Podiumsdiskussion mit Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern über die Kampferfahrungen der Frauen in den verschiedenen Kämpfen der letzten Zeit.

CDU-Leitsätze „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“

Ist die CDU jetzt für die Gleichberechtigung der Frau?

Ausgerechnet am 8. März, dem internationalen Frauentag, veranstaltet der Bundesvorstand der CDU ein Hearing zu seinem Leittrag an den 33. Bundesparteitag der CDU vom 20. bis 22. März in Essen. Zufall? Oder eine klammheimliche christdemokratische Referenz an die neu entdeckten Verdienste der Frauenbewegung? Zuzutrauen wäre Heiner Geißler, dem geistigen Vater der Leitsätze des Bundesvorstandes der CDU auch letzteres.

Denn Heiner Geißler ist nach eigenem Bekenntnis „runter vom Putschthron“. Und die Partei soll ihm folgen. Zu diesem Zweck soll „Frauenpolitik“ Schwerpunkt des bevorstehenden Parteitags der CDU sein. Ähnlich wie beim letzten Mal zum Thema Jugend sind diesmal 500 Frauen aus allen Bereichen eingeladen, um einen Tag lang auf dem Parteitag zu reden. Diskussionsgrundlage sind die schon erwähnten Leitsätze „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“. Ob sie auch — in allen Punkten — verabschiedet werden, bleibt abzuwarten.

Denn schon wenige Tage nach ihrem Erscheinen haben diese Leitsätze einen Sturm der Entrüstung in Teilen der CDU hervorgerufen. „Rot-grünes Frauenpapier der CDU“ nennt etwa der Dominikaner Heinrich Basilius, Vorsitzender des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberg“ seine Streitschrift gegen die Leitsätze. Für ihn bestehen diese Leitsätze aus „wirrem Denken, materialistisch-marxistischer Weltanschauung, Anpassung an modische Politfloskeln und kritiklose Übernahme soziologischer Begriffe“. Für ihn sind sie die „späte Rache der CDU-Damen an dem Bundesarbeitsminister und Vorsitzenden der Sozialausschüsse Norbert Blüm“. (FR, 28.2.85)

Norbert Blüm hatte 1981 das berühmte Papier „Die neue Zeit kommt im Gewande der Mütterlichkeit“ vorgelegt. Dort hieß es beispielsweise: „Der Mensch ist als Mann und Frau geschaffen. Christlicher Glaube und naturwissenschaftliche Erkenntnis führen zu dem gleichen Ergebnis der besonderen Eigenart der Geschlechter. Den biologischen Unterschieden von Frau und Mann entsprechen unterschiedliche Verhaltensweisen.“

In den Leitsätzen des Bundesvorstandes dagegen kann man lesen: „In den letzten Jahrzehnten sind erhebliche Fortschritte zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau gemacht worden. Die Frauenbewegung hat daran einen entscheidenden Anteil.“ (Punkt 2) Oder: „Es ist der Ausdruck eines überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen.“ (Punkt 4) Oder: „Es ist das Verdienst der Frauenbewegung, in den letzten 100 Jahren die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau durchgesetzt zu haben... Frauenverbände und auch feministische Gruppen haben das Bewußtsein für die Selbstbestimmung der Frau und ihre Leistungen in der Gesellschaft hervorgehoben und wichtige Anstöße

für Politik und Wissenschaft gegeben. Die Mitarbeit von Frauen in Politik und Gesellschaft ist daher unverzichtbar.“ (Punkt 31)

Kehrtwendung um 180 Grad?

Eine Kehrtwendung um 180° also? Heiner Geißler die Alice Schwarzer der CDU? Eine gewisse Kehrtwendung schon. Aber keine grundlegende Abkehr von den Zielvorstellungen der CDU. Es ist nicht der Feminismus, der Heiner Geißler die Feder führt, sondern der Realismus. Die Einsicht nämlich, daß man mit den altbackenen Vorstellungen von Norbert Blüm, die ja selbst unter CDU-Frauen auf erheblichen Widerspruch gestoßen sind, in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts Frauen nicht gewinnen, son-

draußen ins Berufsleben, Politik und Gesellschaft gehört und die Frau nach Hause, um sich dort ganz der Hausarbeit und der Kindererziehung zu widmen, nicht mehr realitätsgerecht ist, modernisiert werden muß.

„Mehr Familie“...

Also wird in den Leitsätzen des CDU-Bundesvorstandes anerkannt, daß Frauen berufstätig sind und auch berufstätig sein wollen. Also wird ebenfalls anerkannt, daß Hausarbeit und Kindererziehung nicht nur Frauen-, sondern auch Männersache ist. Also wird auch anerkannt, daß es Partnerschaft in der Ehe geben muß. Zitat aus den Leitsätzen: „Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist die An-



erkennung der Gleichwertigkeit der Arbeit im Beruf und der Arbeit in der Familie.“ Und das ist es, worauf es Heiner Geißler wirklich ankommt — auf die Aufwertung der Arbeit in der Familie bzw. auf die Aufwertung der Familie selbst. Denn die braucht die CDU dringend. Einmal aus bevölkerungspolitischen Motiven. Vor allem aber, um die sog. Politik der Entstaatlichung, wie sie die Unternehmer von der Regierung fordern, möglichst reibungslos durchsetzen zu können.

„Je weniger Familie — desto mehr Staat“, schrieb seinerzeit Norbert Blüm. Auf deutsch: Je weniger Familie — desto mehr Geld aus der Staatskasse für Kindergärten, -tagesstätten, Bafög; desto mehr Geld aber auch für Altenwohnungen, -heime; desto mehr staatliche Unterstützung für Menschen, die, weil sie arbeitslos, krank oder alt sind, kein eigenes Einkommen haben usw.

Umgekehrt gilt: Wer, wie die Bonner Wende-Regierung, „weniger Staat“ will, wer dem Sozialstaat

Nach dem Minister eine Ministerin?

Er wolle auf jeden Fall eine Frau als seine Nachfolgerin im Familienministerium, verkündet Heiner Geißler.

Von vier prominenten CDU-Leiterinnen, die die Zeitschrift „Emma“ befragte, mochte sich allerdings nur eine unverblümt für die Forderung nach einer zweiten Ministerin in Bonn aussprechen — die jetzige Bundestagsabgeordnete und frühere Staatssekretärin von Heiner Geißler, Renate Hellwig. Die Meinung der anderen drei:

Helga Wex: „Eine zweite Ministerin: Das wollen wir lieber mal der Entwicklung überlassen...“

Irmgard Karwatzki: „Grundsätzlich finde ich die Forderung nach einem oder

mehreren weiblichen Ministern richtig. Ob es allerdings klug war, daß gerade jetzt — bei diesem einen frei werdenden Platz — zu fordern, weiß ich nicht. Man bringt da so viele Aggressionen gegen sich auf...“

Hanna-Renate Laurien: „Die CDU-Frauen werden doch nicht so unklug sein, die Forderung nach einer zweiten Ministerin öffentlich zu vertreten. Ich kenne meinen Helmut Kohl — sobald der öffentlich unter Druck gesetzt wird, sagt er nein.“

Offenbar trauen die CDU-Frauen der neuen Frauenfreundlichkeit der CDU nicht so recht über den Weg — und sie müssen es ja eigentlich am besten wissen

den Kampf angesagt hat, der braucht eben „mehr Familie“. Der muß den im bevölkerungspolitischen Bericht '84 eindeutig ausgewiesenen Trend weg vom 3-Generationen-Haushalt, hin zum 1-Personen-Haushalt stoppen und wieder mehr Familienbewußtsein im Sinne der CDU schaffen.

Um welche Dimensionen es dabei geht, wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß es Unternehmen und Regierung ja nicht nur darum geht, Sozialleistungen wie oben beschrieben, immer weiter abzubauen, sondern daß auch die drei großen Versicherungssysteme — Arbeitslosen-, Kranken- und Altersversicherung — langfristig aus den Angeln gehoben werden sollen. „Mehr Familie“ muß also sein. Und wenn sie nur den Preis von ein bißchen mehr Gleichberechtigung zu bekommen ist, dann muß dieser Preis eben gezahlt werden. Das ist die Logik von Heiner Geißler.

... und flexiblere Arbeitszeiten

Aber es geht, wie schon erwähnt, nicht nur um die Familie. Es geht auch darum, Forderungen der Unternehmer durchzusetzen, indem man sie als frauen- und familienfreundlich verkauft.

Denn was ist laut CDU-Leitsätzen der entscheidende Hintergrund dafür, daß Frauen und Männer Beruf und Familie nicht gleichberechtigt vereinbaren können? Vielleicht fehlende Einrichtungen für Kinder? Weit gefehlt. Das Wort Kindergarten oder Kindertagesstätte taucht in dem 28seitigen Papier nicht ein einziges Mal auf. Selbstverständlich spielen auch andere Fragen wie die hohe Frauenarbeitslosigkeit und die niedrigen Frauenlöhne oder die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die die Regierung bekanntlich um keinen Preis haben wollte, keine Rolle.

Nein. Hinderungsgrund für die Verwirklichung der Gleichberechtigung ist etwas anderes. Zitat aus den Leitsätzen: „Frauen und Männer erleben jedoch, daß die geltenden starren Arbeitszeitstrukturen der Vereinbarkeit von Arbeit in Beruf und Familie entgegenstehen. Die CDU fordert Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe so flexibel zu gestalten, daß Väter und Mütter die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können.“

Daß die CDU die Arbeitgeber um die Flexibilisierung nicht lange zu bitten braucht, ist bekannt. Es sind ja gerade ihre Forderungen und Interessen, zu deren Sprachrohr sich die CDU hier macht. Und dabei

wird nichts ausgelassen: Teilzeitarbeit, Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing), Arbeit auf Abruf, Heimarbeit, Einrichtung von Nachbarschafts- und Regionalbüros, Änderung des Ladenschlußgesetzes usw. Selbstverständlich alles für Männer und Frauen.

Für wie blöd hält der Bundesvorstand der CDU die Frauen eigentlich? Meint er im Ernst, ein paar Sprüche über Gleichberechtigung reichen aus, damit sie völlig blind werden für die Realitäten und sich womöglich noch selbst vor den Karren der Unternehmer spannen?

Ohne Arbeitsplatzgarantie nichts wert

Daß die CDU für ein Erziehungsgeld eintritt, ist nichts Neues. Erziehungsgeld wollten CDU/CSU schon 1979 anstelle des damals beschlossenen Mutterschaftsurlaubs haben. (Allerdings nur für deutsche Frauen bzw. für Mütter von deutschen Kindern.) Erziehungsgeld gibt es auch bereits in Baden-Württemberg. Neu an dem jetzigen Vorschlag aus den Leitsätzen des CDU-Bundesvorstandes ist, daß der Erziehungsurlaub ein Elternurlaub sein soll und vor allem, daß er für die berufstätige Mutter mit einer Arbeitsplatzgarantie verbunden sein soll. Ohne diese Arbeitsplatzgarantie ist der gesamte Vorschlag nichts wert.

Das weiß auch Heiner Geißler. Gerade diese Arbeitsplatzgarantie ist es aber, gegen die Unternehmer, FDP, aber auch prominente CDUler wie zum Beispiel Biedenkopf Sturm laufen. Gegen die Arbeitsplatzgarantie hatte es auch bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs die heftigsten Proteste der Unternehmer gegeben. Einzelhändler hatten sogar gedroht, unter diesen Bedingungen überhaupt keine jungen Frauen mehr einzustellen. Bis jetzt hat auch Geißlers großes Angebot an die Unternehmer, mit Hilfe des Erziehungsgelds in größerem Stil befristete Arbeitsverträge in den Betriebsalltag einzuziehen zu lassen, diese nicht überzeugen können.

Hier müssen die Frauen wachsam sein. Auch mit Arbeitsplatzgarantie hat der Vorschlag der CDU verschiedene Haken und Ösen. Ohne Arbeitsplatzgarantie darf er aber auf gar keinen Fall Gesetz werden.

Nach dem Scheitern der ökonomischen, nun eine ökologische Zusammenbruchstheorie?

Vorab sei festgestellt: es handelt sich um ein interessantes und lesenswertes Buch. Zu fast allen Fragestellungen werden aufschlußreiche Tatsachen zusammengetragen und Überlegungen angestellt, über die zu diskutieren sich tatsächlich lohnt. Insofern unterscheidet es sich wohl von anderen Produkten grüner Publizistik, die sich hauptsächlich durch absolute Ignoranz gegenüber den kapitalistischen Bewegungsgesetzen auszeichnen und ansonsten Unsäglichkeiten aus dem philosophischen Schatzkästlein anbieten oder ein Politikastertum, dessen analytische Blößen sich kaum hinter dem Schlagwort „Realpolitik“ verbergen lassen.

Im ersten Teil ihres Buches beschreiben Trampert und Ebermann anschaulich die weltweit fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. Hier wird viel Material zur konkreten Kritik des Kapitalismus zusammengetragen. Das gleiche gilt für die Ausbeutung der dritten Welt durch die imperialistischen Industrieländer und für die ziemlich gute Darstellung der Krisenprobleme des Weltfinanzsystems.

Das Ergebnis dieser Darstellungen im ersten Teil des Buches ist, wie die Autoren in einer Zwischenüberschrift selbst formulieren, „ein Gesamtbild des Schreckens“. Eben das setzt unsere erste Kritik ein. Diese ersten Teile des Buches sind weniger analytisch als beschreibend. Die Beschreibung, das Zusammentragen des Tatsachenmaterials aber ist eine Inszenierung. Herbeibeschrieben wird der Eindruck, die Dramatik der ökologischen Situation lasse ein baldiges Ende mit Schrecken erwarten. Dem ist entgegenzuhalten: so richtig alles sein mag, was Ebermann und Trampert an zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Industrieproduktion aufzeigen (wir glauben ihnen, können es aber in vielen Fragen nicht beurteilen), so unrealistisch ist die Erwartung des baldigen Zusammenbruchs. Der Kapitalismus kann noch Hunderte von Jahren so weitermachen, sofern er nicht gestürzt wird. Nichts in dem Buch von Ebermann und Trampert beweist das Gegenteil. Sie beweisen nur, daß der Kapitalismus dabei in immer größerem Umfang menschliches Leid und Elend hervorruft. Menschliches Leid und Elend hat sich aber noch nie als Schranke der kapitalistischen Entwicklung erwiesen.

Von der Kritik der Produktionsverhältnisse zur Kritik der Produktivkräfte?

Wir wenden uns gegen eine solche „Endzeit-Theorie“, weil die Absicht des ersten Teils des Buches sich nicht im Zusammentragen des enthüllenden Materials erschöpft. Nahebringen soll er dem Leser vor allem die Schlußfolgerung, daß die Dramatik der ökologischen Situation den Bruch mit den „alten sozialistischen Auffassungen“ erforderlich mache. Denn hier liegt die eigentliche Problematik des Buches.

Wären Trampert und Ebermann irgendwelche Grüne, könnte man sich darauf beschränken, die fortschrittlichen Aspekte des Buches herauszustellen: daß sich aus grüner Sicht eine ziemlich weitgehende Kritik des Kapitalismus/Imperialismus formulieren läßt, daß auch von grüner Warte aus eine differenziertere Betrachtungsweise der Arbeiter-

Zu dem Buch „Die Zukunft der Grünen“ von Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Ein radikales und realistisches Konzept?

Schon im Dezember letzten Jahres ist ein Buch von Thomas Ebermann und Rainer Trampert erschienen mit dem Titel: **Die Zukunft der Grünen, ein realistisches Konzept für eine radikale Partei. Die Autoren sind Vertreter der sogenannten ökosozialistischen Strömung, also des linken Flügels in der Partei der Grünen. Laut Klappentext formulieren sie die Absicht ihres Buches so: „Wir wollen die Notwendigkeit einer grünen Partei gegen dieses System herausarbeiten, einer Partei, die sich nicht in diesen Staat integrieren läßt. Eine solche Kraft könnte auch, wie wir meinen, Reform- und Reparaturmaßnahmen, die keine Geringschätzung verdienen, am effektivsten bewirken. Wir wollen nachweisen, daß es ein (vergrößerbares) gesellschaftliches Potential gibt, das den Grünen auch den Bruch mit der Sozialdemokratie erlaubt, wenn in ‚Tolerierungsverhandlungen‘ von der SPD nur kosmetische Korrekturen angeboten werden. Wir werden uns bemühen, unsere Brüche und Kontinuität mit (nicht nur unseren) ‚alten‘ sozialistischen Auffassungen darzustellen. Es ist eine Unsitte, neue Erkenntnisse nicht mit Kritik an ehemaligen Sichtweisen zu begründen.“**

und Gewerkschaftsbewegung möglich ist. Derartige Nettigkeiten ließen sich über das Buch sagen, wenn Ebermann und Trampert irgendwelche Grünen wären. Nun sind Trampert und Ebermann aber ehemalige Kommunisten. Ihren Einstieg bei den Grünen begründeten sie und ihre politischen Freunde ausdrücklich politisch-strategisch im Hinblick auf die Verwirklichung revolutionärer sozialistischer Ziele.

Nun veröffentlichen sie ein Buch, das viel Interessantes, aber wenig Neues enthält. Neu ist vor allem eins: Ebermann und Trampert begründen ihren Bruch mit den wesentlichen Auffassungen des Marxismus, ein grüner Abschied vom Proletariat — kein demonstrativer, sondern einer, der sich auf theoretischen Schleichwegen vollzieht. Aber nach dreihundert Buchseiten haben sie sich eben doch ganz schön entfernt — so weit, daß das Bündnis, das sie in der grünen Partei mit Bahro und den Fundamentalisten gegen die Realos eingegangen sind, nun eine theoretische Begründung erhalten hat, wodurch es an Fragwürdigkeit eher gewinnt als verliert.

Diesen theoretischen Schleichweg beschreiben die Autoren etwa dadurch, daß sie zwar einerseits unentwegt schreiben „Der Kapitalismus führt dazu bzw. dahin“, aber in Wirklichkeit sich weitgehend auf die Kritik der Produktivkräfte bzw. der „stofflichen Struktur der Produktion“ beschränken, während die Kritik der Produktionsverhältnisse kaum entwickelt wird, auch wenn beide Autoren sich für eine Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aussprechen.

Ganz nebenbei stellt sich heraus, daß Ebermann und Trampert den Marxismus in der Frage des Verhältnisses von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen grob mißverstanden haben. Sie stellen die marxistischen Auffassungen im wesentlichen so dar, als betrachteten Marxisten die Maschinerie und die stoffliche Seite der Produktion insgesamt als völlig wertneutral, als hinge ihre gesellschaftliche Wirkung ausschließlich von Eigentumsverhältnissen ab. Allenfalls in Ansätzen und Hinweisen hätten etwa Marx und Engels erkannt, daß von der Maschinerie oder allgemein von der stofflichen Seite der Produktion umfangreiche gesellschaftliche Wirkungen ausgehen.

Ist dieser Pappkamerad einmal aufgebaut, bieten natürlich die stoffliche Seite der Chemieproduktion oder die Atomenergie oder die neuen Produktionstechnologien reichlich Material, um gegen die angeblich beschränkte marxistische Sichtweise zu polemisieren.

So einfach ist dem Marxismus aber nun wirklich nicht beizukommen. Er hat nämlich nicht nur erkannt, daß bestimmte Produktionsverhältnisse sich herausbilden auf der Basis eines bestimmten Niveaus

der Produktivkraftentwicklung, sondern natürlich auch, daß die Produktivkräfte sich in den Schranken der Produktionsverhältnisse entwickeln. Zugegebenermaßen wird in der marxistischen Kapitalismuskritik diese dialektische Beziehung von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen oft nur einseitig dargestellt. Nur der Aspekt der Hemmung der Produktivkraftentwicklung durch die kapitalistischen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse wird betont, nicht aber der Aspekt der den gesellschaftlichen Interessen zuwiderlaufenden Bestimmung der Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

In Wirklichkeit läßt sich der erste Aspekt nur in Verbindung mit dem zweiten richtig verstehen; denn die Hemmung der Produktivkraftentwicklung durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse äußert sich ja nicht in einer absoluten Unfähigkeit zur Steigerung der Warenproduktion (die tritt nur periodisch auf, aber nicht als historische Tendenz — im Gegenteil), die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hemmen eine Produktivkraftentwicklung zur Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Daß Marxisten ein Fließband als wertfrei betrachten, seine Anwendung in der Produktion nur im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse kritikwürdig finden, ist schlichtweg eine unzutreffende Unterstellung. Das gleiche gilt etwa für die Atomenergie. Die Tatsache, daß die DKP AKWs in der BRD schändlich und in der DDR toll findet, muß man ja nicht gleich dem Marxismus in die Schuhe schieben. Wieso es vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus irgendein Problem darstellen soll, anzuerkennen, daß von der stofflichen Seite her die Atomtechnologie gemeingefährlich ist, ist uns nicht einleuchtend.

Wohlgemerkt: Es geht um die Frage, ob die Kritik, die Ebermann und Trampert am wissenschaftlichen Sozialismus üben, berechtigt ist. Es geht nicht um die Frage, ob Kommunisten bzw. die Marxisten im allgemeinen sich in der Geschichte und in der Gegenwart in solchen Fragen oftmals reichlich blind angestellt haben. Das ist wohl in der Tat der Fall und auch unsere Partei hätte eigentlich einiges aufzuarbeiten.

Die Frage ist also überhaupt nicht, daß der Marxismus die Notwendigkeit der Kritik der Richtung der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus leugnet. Er sagt nur, daß eine grundsätzliche Änderung in der stofflichen Struktur der Produktion die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zur Voraussetzung hat.

Nach marxistischer Auffassung ist im Kampf für die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Arbeiterklasse das re-

volutionäre Subjekt. Eben das bestreiten Ebermann und Trampert.

Kapitalismus und Arbeiterbewegung — zwei Seiten einer Medaille?

An diesem Punkt wird denn nun auch deutlich, was uns die penetrante Verabsolutierung der Kritik der stofflichen Seite der Produktion lehren soll: die Arbeiterbewegung war schon immer unkritisch gegenüber der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung.

Nun ist es ja wahr, daß es in der Arbeiterbewegung einen heftigen Streit gab und gibt, der die Haltung zur Einführung moderner Produktionstechnologie und zur Veränderung der stofflichen Seite der Produktion entsprechend den kapitalistischen Verwertungsinteressen betrifft. Höchst aktuell drückt er sich etwa aus in der unterschiedlichen Haltung, die die IG Bergbau und Energie und die NUM zu den Zechenstilllegungen einnehmen. Er drückt sich darin aus, ob die Einführung bestimmter Maschinen und Produktionsmethoden wegen ihrer Auswirkungen auf die Arbeiterinnen und Arbeiter bekämpft werden oder ob dergleichen als Maschinenstürmerei diffamiert wird.

In der modernen Arbeiterbewegung stellt sich diese Auseinandersetzung im wesentlichen aber so dar, daß die Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterbewegung auch die Verteidiger der „unausweichlichen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen“ sind, während Marxisten und klassenkämpferische Gewerkschafter die Kämpfe dagegen fördern und unterstützen: die Wertbezeugungen, die Aktionen der Stahlbelegschaften gegen die Kahlschlag-sanierung mit der Forderung nach Verstaatlichung, aber schon früher den Kampf der IG Druck & Papier in Sachen neue Technik usw. Und auch das angeführte Beispiel der Bauarbeiter, die auf Anti-AKW-Demonstranten losgehen, beweist doch nur, daß es der Reaktion gelingt, die Angst um den Arbeitsplatz zur reaktionären Mobilisierung zu nutzen.

Ebermann und Trampert versuchen anhand von geschichtlichen Beispielen zu belegen, zumindest aber den Eindruck zu erwecken, als sei vor allem der marxistische Einfluß in der frühen Arbeiterbewegung verantwortlich dafür gewesen, daß der naive Glaube existierte, der technische Fortschritt würde für sich genommen den Zusammenbruch des Kapitalismus und damit die Verwirklichung des Sozialismus beschleunigen. Nun finden sich Beispiele für alles.

Ihre Beispiele aber sind irreführend, belegen eher das in verschiedener Hinsicht Problematische als das Typische. Typisch ist, daß die

Arbeiterbewegung als einzige klassenmäßige Bewegung sich im ständigen Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung entwickelt hat.

Man muß doch fanatisch blindwütig sein, um entgegen der tatsächlichen historischen Entwicklung folgendes abzulassen: „Die Arbeiterbewegung stand dem Faschismus bemerkenswert kraftlos gegenüber, weil sie diese ideologischen Grundelemente des industriellen Zivilisationsmodells von dem Moment an immer unkritischer übernommen hatte, als sie die Gestaltung der stofflichen Struktur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses als die historische Aufgabe des Kapitals begriffen hatte, der sich in den Weg zu stellen, nur reaktionär sein konnte.“ (S. 138)

Wer so leichtfertig und orientierungslos in der Geschichte herumfuchtelt, läßt's auch mit seinen Urteilen für die Gegenwart recht salopp angehen:

„Die in den Industriegewerkschaften als organisierte gesellschaftliche Kraft existierende Arbeiterbewegung ist keine systemsprenge Kraft — weder nach ihren programmatischen Absichten, noch aufgrund der inneren Logik ihres Handelns. Die Kämpfe der Gewerkschaften oder auch der Belegschaften in den Betrieben werden auch nicht gewissermaßen hinterücks dazu führen, das herrschende Modell des Wachstums zu durchbrechen. Daran ist nicht zu rütteln, auch wenn weiterhin objektive antagonistische Widersprüche vorhanden sind.“ (S. 141)

Daß die Arbeiterbewegung in ihrer jetzigen politischen Verfassung (sozialdemokratische Dominanz) nicht systemsprenge ist, ist schon wahr. Unklar aber ist vom theoretischen Standpunkt aus völlig, wie man anerkennen kann, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital antagonistisch ist, um im gleichen Atemzug zu behaupten, daß die Arbeiterbewegung auf Dauer in das kapitalistische System integrierbar ist.

Der Weg zu solchen Erkenntnissen ist denn auch mit ziemlich plötzlichen Behauptungen gepflastert: „Die kapitalistische Industrieproduktion kann nur um den Preis der Zerstörung biologischer Ressourcen weiter existieren, während eine Teilbefriedigung der Lohnarbeiter in den Metropolen — gekoppelt mit Ausgrenzung von Arbeitslosen und Kranken — einigermaßen lösen (...) kann.“ (S. 67)

Woher wissen sie das? Hat's nicht die Bonner Wende auch deshalb gegeben, weil diese „Teilbefriedigung der Lohnarbeit“ den Kapitalisten zu teuer wurde? Ist seitens der Kapitalisten und ihrer Regierung nicht die Verbilligung der Ware Arbeitskraft angesagt? Betrifft der Abbau der sozialen Sicherungssysteme tatsächlich nicht die Arbeiterklasse insgesamt?

Das alles — und vieles andere mehr — kratzt unsere Autoren nicht. Eine Beurteilung der Bonner Wende, der sozialdemokratischen Opposition dagegen, der gesellschaftlichen Kräftekonstellation, wie sie sich in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich dargestellt hat —, das alles findet nicht statt. Da haben die Ökosozialisten schnell von den Fundamentalisten gelernt.

Daß sich so zumindest vorübergehend die Stellung innerhalb der grünen Partei halten läßt, ist wohl anzunehmen. Daß sich daraus eine radikale und realistische antikapitalistische Strategie entwickeln läßt, glauben wir nicht.

In einer der nächsten Nummern des Roten Morgen werden wir uns mit den ökosozialistischen Zielvorstellungen auseinandersetzen.

Rotfront
D.M., Furtwangen

Es ist nicht gerade eine Neuerung, Rossana Rossanda's Buch „Einnischung. Gespräche mit Frauen über Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus.“

Seit 1980 ist es bei uns auf dem Markt — aber es sei trotzdem empfohlen: zum Lesen, Nachdenken und zur Auseinandersetzung. Rossana Rossanda — heute 60 Jahre alt — war in ihrer frühen Jugend im Widerstand gegen den Faschismus, ab 1943 in der KP Italiens. 1959 wurde sie in das ZK gewählt, 10 Jahre später aus der Partei ausgeschlossen, kürzlich wieder aufgenommen.

Interessant für das hier besprochene Frauen-Thema ist, daß sich Rossana sowohl in ihrer kurzen, aber glänzenden Karriere in der KPI, als auch in den Anfängen von „Il manifesto“ immer eher als geschlechtsloses Neutrum begriff — und vor allem auch von ihren Genossen als solches gesehen wurde. (Selbstironisch schreibt sie einmal: „Wir Männer vom ZK...“) Über das Grundsatzpapier, das sie zusammen mit den Genossen von „Manifesto“ 1970 verfaßte, schreibt sie in der Einleitung von „Einnischung“:

„Hier kamen die Frauen durchaus vor, genauso wie alle anderen „Randgruppen“; sie wurden auch durchaus an der richtigen Stelle erwähnt, nämlich im Zusammenhang mit der Neubestimmung des revolutionären Subjekts... Im übrigen freilich machten wir zwischen ihnen und den anderen sozialen Gruppen keinerlei Unterschied; sie waren für uns ein Produkt der Geschichte. Doch wir ignorierten stillschweigend, daß diese Geschichte wohl fast so alt und belastet war wie die Naturgeschichte. Die anderen „Randgruppen“ bilden sich rasch und artikulieren sich, um sodann etwas anderes zu werden. Die Frauen dagegen sind immer da, sie tragen stets das Zeichen des Widerspruchs, sie fügen sich nicht ins gewohnte Bild. Sie sind die anderen und denken keineswegs zu verschwinden.“

In dieser Zeit, um 1970 herum, hatte sich bereits eine feministische Bewegung gebildet. Jahre später, auf einem Kongreß 1977, mußte die „Manifesto“-Führung, unter ihnen auch Rossana, wohl oder übel davon Kenntnis nehmen: Eine Gruppe von Genossinnen stürmte das Podium, vollführte einen Hexentanz und skandierte im Singang:

„Wir verstehen euch nicht... ihr redet blabla, ihr habt nichts mit uns zu tun, wir haben nichts mit euch zu tun!“ — „Der Saal schwieg. Die Männer mit ergebener Miene wie Leute, die warten, daß es zu regnen aufhört, sorgsam darauf bedacht, daß sie nicht naß werden.“

Die unbequeme, aber geschulte Marxistin Rossana kocht zunächst vor Wut über soviel lächerliche Provokation, Unsachlichkeit (vielleicht auch: Undankbarkeit?) ihrer nicht nur Geschlechts-Genossin-

Befreit in der Bewegung — emanzipiert in den Organisationen(?)

(Gedanken zu einem Buch von Rossana Rossanda)

nen.

Doch dann, in der Auseinandersetzung mit ihnen:

„Als ich eines Abends merkte, wie schrill meine Stimme klang, verstummte ich und erkannte endlich, wovon ich stand. Vor einem Etwas, das sich meinem Raisonement entzog, das sich mit meinen Worten nicht fassen ließ. Die anderen waren die Sonden, Botschaften, Schreie, Flüche, der Gebrauch meiner Bildung als Fühler auf der Suche nach etwas anderem.“

Ein Jahr später, 1978, setzt sich Rossana dann mit ihren ehemaligen „Widersacherinnen“ nicht nur an einen Tisch, sondern gestaltet mit ihnen auch eine zehnteilige Rundfunksendung über die Gedanken von Frauen zu „Politik, Freiheit... usw.“ Die Aufzeichnungen dieser Rundfunk-Diskussion und -Interviews bilden das Buch, von dem hier die Rede ist. Rossana bleibt in

diesen Gesprächen die überzeugte Marxistin — und die Betonung liegt auf dem „in“. Sie freut sich, wenn ihre feministischen Gesprächspartnerinnen neue Gedanken vortragen, von denen sie sich durchaus auch manchmal überzeugen läßt — oder die sie vehement verurteilt.

Bei uns in der BRD war die Entwicklung der Frauenbewegung innerhalb der letzten 15 Jahre ähnlich wie in Italien: zunächst eine starke, ziemlich heterogene außerparlamentarische Opposition mit außergewöhnlich hohem Frauenanteil. Später, mit dem Verfall der APO, ging ein Teil dieser Frauen in die verschiedenen sozialistischen bzw. kommunistischen Organisationen.

Relativ unabhängig von der APO bzw. später den verschiedenen linken Kaderorganisationen entwickelte sich aber auch eine Frauenbewegung in den Betrieben bzw.

Gewerkschaften (man denke an den Kampf der Heinze-Frauen für gleichen Lohn für gleiche Arbeit). Diese Frauen mußten den klassischen Zwei-Fronten-Krieg führen: Einerseits den Klassenkampf gegen die Vertreter des Kapitals, andererseits den Kampf gegen die männlichen Vertreter ihrer eigenen Klasse (gegen viele von ihnen jedenfalls): Kollegen, die ihre Privilegien behalten wollten und (Ehe-)Männer, die nicht auf ihren Stammtisch verzichten wollten, bloß weil „Mutter in Politik machte“.

Schließlich gab es noch den Teil der APO-Frauen, der Feministengruppen bildete, Gruppen, mit dem durchaus hohen politischen Anspruch, sowohl sich selbst und die Beziehungen zu „den“ Männern als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu revolutionieren.

Umgekehrt gab es bei den sozialistischen und kommunistischen Organisationen kaum den

Versuch, den revolutionären, politischen und, nennen wir ihn mal feministischen Kampf miteinander zu verbinden.

Diese Situation hat sich in den letzten Jahren weitgehend verändert, vor allem, was die Feministinnen betrifft. Deren politischer Anspruch existiert kaum noch. Die meisten von ihnen beschäftigen sich eher mit Mondphasen, Bauchtanz und dergleichen als mit Demonstrationen für ihre gesellschaftlichen Interessen.

Umgekehrt lassen sich die Frauen in den linken Organisationen inzwischen nicht mehr alles bieten, obwohl sich grundlegend hier wohl noch nicht so viel geändert hat. Um bei dem obigen Thema zu bleiben, weil es so konkret und ideologisch nicht zu verbrämen ist: Ich kenne z.B. keinen (linken) Mann, der sich kontinuierlich und zuverlässig um Empfängnisverhütung kümmert. Keinen Mann, der sich bemüht, auszurechnen, wieviel Stunden, Tage, Wochen eine Frau allein deswegen im Laufe ihres Lebens beim Frauenarzt verbringt, wieviel Hunderte, Tausende Mark sie dafür bezahlt, wieviel Ängste sie immer wieder aussteht etc. Er könnte ja auf die Idee kommen, daß man das „solidarisch“ aufteilt...

Im Laufe des letzten Jahres gab es auch bei uns in der BRD Ansätze von dem, was sich bereits vor Jahren in Italien abgespielt hat: Eine Annäherung zwischen den „linken“ und den „feministischen“ Frauen. Dieses zarte Pflänzchen der gegenseitigen Annäherung sollte gehegt und gepflegt werden. Uns „linken“ Frauen schadet es gar nichts, wenn wir uns auch mal mit unserm Körper, unserer Sexualität, unsern Ängsten und Gefühlen auseinandersetzen, wenn wir Sturm laufen gegen das oftmals mit linken Phrasen oder faulen Ausreden übertünchte Patriarchat, „unserer“ Männer. Und daß andererseits vielen Feministinnen eine gehörige Portion Wind um die Ohren gehört, er sie rausreißt aus ihren rosaroten, weichen Inseln, ist ebenso, wenn nicht noch mehr notwendig. Gerade heute, wo ein nicht nur von Birne & Blümchen verordneter Wertkonservatismus um sich greift, wo es geradezu eine Inflation von Begriffen (und nicht nur Begriffen) wie „Neue Innerlichkeit“, „Neue Mütterlichkeit“ (fehlt nur noch „Neue Fraulichkeit“) gibt!

Zum Schluß, weil's so schön ist, nochmal Rossana, die ein Buch von Christiane Staed, „Sabbat familiare“ zitiert:

„In der Familie verkörpert der Vater das Prinzip des Gesetzes, die Mutter das der Anarchie — sie kann dich unterdrücken oder retten, freilich außerhalb der Regeln des väterlichen Gesetzes. Die Frau trägt dieses anarchistische Prinzip samt seinen Schranken in sich. Wenn sie von der Gleichheit träumt, wird ihre Stimme häufig scharf und böse; sie träumt immerzu von der Revolte, manchmal von Rache.“

Machen wir Revolte!
C.S.

Die Grenzen des Geschlechts

Cheryl Benard/Edith Schlaffer: „Die Grenzen des Geschlechts, Anleitungen zum Sturz des Internationalen Patriarchats — Amnesty for women.“

Ich hatte das Buch zunächst gar nicht lesen wollen. Der Titel schien mir irgendwelche vagen Philosophierereien zu versprechen. Genau das bietet das Buch aber nicht. „Die Grenzen des Geschlechts“ will provozieren. Und das tut es auch. Mit sehr vielen Informationen über das Leben der Frauen in den Ländern der dritten Welt, von denen mir sehr, sehr vieles neu war. Womit eine These der Autorinnen, daß die menschenunwürdige Situation der Frauen in der dritten Welt in der Frauenbewegung hier praktisch kein Thema ist, sich zumindest an mir schon mal bestätigt hätte. Wichtig vor allem: die Informationen werden weder als Statistik geliefert, noch als Sensation. Die Autorinnen bemühen sich vielmehr erfolgreich, die Situation der Frauen so darzustellen, daß Frauen (und Männer) beispielsweise in der Bundesrepublik nicht nur erfahren, wo Frauen welche Schleier tragen müssen, sondern daß ihnen vor allem auch klar wird, was das für die Frauen bedeutet, was es für jeden Menschen bedeutet, wenn er/sie im Extremfall von der Welt nichts sieht außer ein paar Zentimetern Boden unter den Füßen.

„Sind Frauenrechte Menschenrechte?“ fragen die Autorinnen. Selbstverständlich, wird die Antwort lauten. Aber warum, fragen die Autorinnen weiter, gibt es dann keinen internationalen Menschenrechtsprotest dagegen, daß Millionen Frauen in der dritten Welt ihr Leben in einer Art Haft, in Hausarrest verbringen, daß sie keine Bürgerrechte haben, daß sie aus Aberglauben, Willkür eingesperrt, verstümmelt, zur Unwissenheit ge-

zwungen und sogar getötet werden. Nur weil sie Frauen sind.

Weil, behaupten die Autorinnen, Kritik an der Mißhandlung von Frauen in anderen Ländern und Kulturen als kolonialistische Form der Intervention denunziert wird. Von der imperialistischen Politik, die die Unterdrückung der Frauen nicht nur stillschweigend übergeht, sondern durch ihre sog. Entwicklungshilfe noch zementiert. Aber auch von Revolutionärinnen, Linken, Alternativen, die die „Frauenfrage“ in unzulässiger Weise hinter gesamtgesellschaftlichen revolutionären Erfordernissen „vergessen“ oder eben auch meinen, der Kampf

für die Menschenrechte der Frauen sei eine unzulässige Einnischung und Bevormundung anderer Kulturen bzw. sogar so weit gehen, diese Kulturen und Sitten gegenüber „westlichen“ Verhältnissen zu verherrlichen, wie z.B. die Frauen, die nach der islamischen Revolution im Iran auch für bundesdeutsche Frauen das Schleiertragen wieder einführen wollten. Hier zum Nach- und Umdenken anzuregen, damit Taten möglich werden, ist das Ziel der Autorinnen.

Auch wenn vielleicht nicht allen Überlegungen der Autorinnen zugestimmt werden kann — „Die Grenzen des Geschlechts“ ist ein wichtiges Buch. Es sollte von möglichst vielen gelesen werden, die sich der Frauenbewegung und dem Internationalismus verbunden fühlen. kw

Herland

Charlotte Perkins Gilman, rororo Reihe „neue Frau“, Bd. 4607, 5,80 DM.

Drei Männer unternehmen eine wissenschaftliche Forschungsreise nach dem sagenumwobenen Frauenland. Seit 2000 Jahren sollen dort nur Frauen leben, die Männer sind ihnen irgendwann abhanden gekommen. Sie fahren los, mit den unterschiedlichsten Vorstellungen, was man diesen armen Frauen beibringen könnte — sie reisen ab mit der Erfahrung, daß Frauenland ohne Zweifel eine höhere Stufe der Zivilisation errungen hat als die restlichen Länder der Erde, die sie kennen. Ihre Erlebnisse schildert dieser utopische Roman, geschrieben von Charlotte Perkins Gilman (1860 - 1935), die Feministin war mit dem Ziel, die Frauenbewegung und die amerikanische sozialistische Bewegung zu vereinen.

Eine Utopie, die zum Träumen anregt, was sich diese durchaus nicht männerfeindlichen Frauen geschaffen haben, davon möchte ich auch so manches im Sozialismus verwirklicht sehen. bg



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstraße 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 18 -

4600 Dortmund (Brackell), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Kontaktadresse: Karola Firzlaß, Jungmannstr. 68 a.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo - Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr. KPD Saar: 6685 Schifflweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43.

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474.